Freitag, 16. Oktober 1925. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 64. Jahrgang. Nr. 239.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.
ausschließlich Postgebühren.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Neue geschichtliche Wendepunkte.

Sowjetisierung ist keinesfalls mit Sozialisierung gleichbedeutend, — obwohl die faktische Enteignung der einzelnen Mehrbesitzenden und die theoretische Aufbesserung der notleidenden Allgemeinheit den hauptsächlichen Bestandteil beider bilden. Allgemeine Verarmung ist in beiden Fällen das Resultat. Zwischen der Idee des sozialistischen Umbaus und dem Leitgedanken der Bolschewisierung besteht nur ein wesentlicher Unterschied, der auf Kraft und Zeit beruht und mechanisch-politischer Natur ist. Der Sozialist-Klassiker verliert während des Umbaus der menschlichen Gesellschaft nicht für einen Augenblick aus den Augen, daß über den neuzuverteilenden materiellen Gütern und materiellen Gesichtspunkten turmhoch geistige und kulturelle Güter stehen, die sich nicht so ohne weiteres aus einer Hand in die andere hinüberspielen lassen. Der Bolschewist will dagegen nichts von der Achtung für die geistig oder kulturell höher stehenden Mitmenschen wissen, — er erklärt das zivilisierte Wissen für ein eher schädliches, als nutzbringendes Machtwerk, das den verhaßten besitzenden Überschichten dazu verhilft, ihre kommandierende Stellung zu behalten. Er behält im Auge einzig und allein den gewaltsamen und möglichst eiligen Wandel auf dem Gebiete des grob-materiellen Haben und Soll. — Der Sozialismus gestaltet sich ebenso wie der Bolschewismus recht oft zu einer kulturzerstörenden Macht, doch ist es der letztere immer, da durch die prinzipielle Hintansetzung des Geistes hinter der Materie eine unnatürliche Lage der Dinge heraufbeschworen wird, — da auf allen Gebieten des staatlichen Zusammenlebens nicht die edleren, besseren und uneigennützigeren Bürger auf die führenden Posten gelangen, sondern Männer, deren Trachten vor allem nach Sinnlichem, Egoistischem und Gewalttätigem steht. — Der christliche Sozialismus, der auf überirdischen Idealen fußt, hat das weiße Abendland im Laufe von 19 Jahrhunderten so weit gebracht, wo es ist; — Europa entwickelte sich zum wohlgeordneten, reichen und mächtigen Herde der Menschenkultur vor allen anderen Weltteilen nur darum, weil die Weltanschauung der Christenwelt alles Grob-materielle tief unter die Ideale der Menschenliebe, der Güte und der Nachsicht gegenüber den Schwächen des Nächsten stellte. Das heute von diesen hehren sozialen Idealen abgeschwenkte Osteuropa Lenin-Uljanows und Trotzkis streifte diese christlich-milde Grundlage ab und stellte den trockenen Materialismus der Sowjetordnung an Stelle des sanften Idealismus der Herzensgemeinschaft. Das Maschinengewehr, nicht das Kreuz wurde Trumpf, — die ganze Einstellung des Volksentwickelungskurses wurde von den neuen moskowitischen Staatsschifflenkern um 180 Grad umgewendet, und — Osteuropa geht heute wie vor Christi Geburt im rein-heidnischen Fahrwasser. Solch ein Rückfall von 1000 Jahren konnte allerdings nur auf szythischem Boden, im Lande Batu-Khans, Iwan des Schrecklichen, Rasins und der Nihilisten möglich sein. —

Weder auf hellenisch-mazedonischem, noch auf romanischem, vorderasiatischem, indischem oder chinesisch-japanischem Boden ist eine derartige Umwälzung zu Gunsten der Reaktion und der Vertierung vieler Millionen von Menschen denkbar. Die Völker des Abendlandes und des Orients haben in ihren Adern ein Blut fließen, das Jahrtausende von humaner Kultur den eingeborenen Instinkten beimischt. Diese Kulturinstinkte in der Volksmasse wirken hemmend, wenn die Lawine der Revolution ins Rollen gerät. Bei den Ostslawen würden wir vergebens eine Bremse dieser Art in der Volksseele selbst suchen. Die polnische Ebene liegt auf dem halben Wege von Moskowien nach dem Abendlande. Die Elite der Bürger des polnischen Staates bilden Westslawen — also stammverwandte Brüder des heute bolschewisierten Russenvolkes. Die Nachkriegszustände wirken sich hier, auf dem deutsch-russischen Schlachtfelde, noch sehr stark aus. Die Wirtschaftslage deutet auf kommende gewaltige Erschütterungen sozialer Natur. Aus allen diesen Gründen ist es wohl an der Zeit, allen Ernstes sich die Frage zu stellen, ob wir hierzulande mit einer Sozialisierung, wie in Frankreich oder Skandinavien, oder auch mit einer Sowjetisierung, wie in der Ukraine und in Nordrußland, zu rechnen haben werden.

Vom Standpunkt der politischen Vorahnung ist es belanglos, ob 1926 ein verkappter Mussolinismus und 1927 eine offene Diktatur die hungernden Massen der Arbeitslosen und der Unzufriedenen niederzuhalten imstande sein wird, oder auch nicht. Es handelt sich lediglich um die Einschätzung der psychologisch-politischen Faktoren, die in Zeiten der steigernden Not immer stärker das Volksgemüt zu beherrschen pflegen und letzten Endes die Wahl dieser oder jener Führer der Volksmassen bestimmen. Sieht man sich den Weg an, den die Sowjets seit 1915 zurückgelegt haben, wo der Notstand im Lande begann, so bemerkt man mit Leichtigkeit, welche Geister der Vergangenheit in Rußland einander abwechseln: zuerst war es das Streben nach konstitutioneller Monarchie eines Fürsten Lwow, — eines Nachkommen germanischer Normannen, welches den Umstürzlern zum Leitstern diente. Ein Jahr später, als sich die Zahl der Murrenden ständig vergrößerte, wurden die republikanischen Ideen Miljukows, eines Sprößlings russisch-hanseatischer Kaufleute, Trumpf. Als die Hungersnot stieg, vergaß man Lwow und Miljukow und leistete den flammenden Reden Kerenskis und Tschernows, der linksstehenden Sozialisten, Gehör. Die Lawine der Revolution wuchs jedoch stündlich und zermalmte sie alle vier mitsamt den entthronten Vertreter der absoluten Monarchie Nikolaus II.; auf ihrem unaufhaltsamen Lauf linkswärts schwenkte das politische Pendel bis auf den höchsten Punkt: die Blutherrschaft eines Sadisten Dzierżyński und seiner nicht weniger irrsinnigen Genossen-Kommunisten. Das Pendel scheint in Rußland 1925 auf den toten Punkt gelangt zu sein. Der Besuch Tschitscherins in Warschau und in Berlin muß unbedingt als Vorzeichen für die beginnende Rückschwenkung nach rechts aufgefaßt werden . . . Bald werden wir erleben, daß der rabiate Kommunismus dort mildere Programme Marxens zulassen wird, dann kommt eine Bauerndemokratie ans Ruder und siehe da — es erlebt die Menschheit auch bald eine Einberufung der Konstituante, die unzweifelhaft die beschränkte Monarchie zur Folge haben muß. Dieses im Osten Europas.

Laut ewigen Gesetzen der politischen Mechanik wird aber im Westen im selbigen Augenblick sich eine entgegengesetzte Richtung immer mehr bemerkbar machen. Die kurze Herrschaft Lewins in München und Bela Kuhns in Budapest bilden warnende Zeichen, die gleich Meteoren am politischen Horizont vorübergeflogen sind, um in dem Dunkel der Weltgeschichte zu verschwinden, jedoch als Vorläufer größerer Katastrophen aufgefaßt werden dürfen. Das Wetterleuchten in den Ostmarken des jungen polnischen Staates, im Herzen der Bulgarei, bis nach Schanghai und Kanton hinaus, deutet auf ein herannahendes Gewitter. Der Barometer fällt 1925 sichtlich.

Wollten wir nach dem Urteil der zivilisierten Welt sehen, so müßte es einem jeden Bürger Polens recht bange um das Herz werden. Die Menschheit glaubt an die Solidität Polens, d. h. an die innere Stabilität der Zustände bei uns ebensowenig, wie an diejenige in Griechenland (in beiden Staaten ist der Prozentsatz der Emissionsbanken nicht weniger als 12). Sogar die Bulgarei genießt mehr Vertrauen als wir, da der Kreditfuß dort offiziell 10 Prozent ist. Deutschland, Ungarn, die Baltenstaaten und Oesterreich, auch Danzig stehen noch bedeutend besser in der Meinung der Welt (8—9 Prozent). Wie hoch demgegenüber ragt am Himmel die Sonne Dollarikas (3½ Prozent), der Schweiz (4 Prozent), Englands (4½ Prozent) ? ! Seltsamerweise wird der Kredit in Moskau, Rom, Belgrad, Prag und Tokio nur mit 6—7 Prozent-offiziell bewertet.

Die Geldbörse ist ein Barometer. Der offizielle Zinsfuß für den Kredit bildet die Skala, an welcher

Die letzte Phase der Konferenz.

Vortrag des Staatssekretärs Kempner. — Um die letzten Formeln. — Immer noch schwere Hindernisse. — Der Beschluß des deutschen Kabinetts bleibt geheim.

Der Ministerrat in Berlin war bis nach 1 Uhr nachts zusammen, um den Vortrag des Staatssekretärs Kempner entgegenzunehmen. Der Staatssekretär gab ausführlich Auskunft über alle Fragen, die durch die Depeschen und Berichte der Delegation in Locarno noch einer näheren Aufklärung harrten. Die anwesenden Minister stellten Fragen über die verschiedenen Einzelfragen der Konferenz, die ganz besonders interessierten. Aus der Mitte der Minister sind keine neuen Forderungen und keine neuen Vorschläge formuliert worden, die etwa Staatssekretär Kempner noch dem Reichskanzler und dem Außenminister in Locarno zu übermitteln hätte. Der Ministerrat hat sich zu dem Bericht zustimmend verhalten.

Gestern vormittag um 11 Uhr erschien Herr v. Kempner beim Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Vortrag. Für die Mittagsstunden war eine Fortsetzung der in der Nacht abgebrochenen Ministerratssitzung festgesetzt. Die heutige Sitzung wird unter dem Vorsitz des stellvertr. Reichskanzlers, dem Reichswehrminister Dr. Geßler stattfinden. In der Nachtsitzung führte der Arbeitsminister Dr. Brauns den Vorsitz. Der Ministerrat war frühzeitig zu Ende, da der Staatssekretär v. Kempner wieder am gleichen Tage in Locarno eintreffen sollte. Bisher ist die Bestätigung von seiner Rückkehr nach Locarno noch nicht eingetroffen.

Schwierigkeiten?

Verschiedene Berliner Blätter melden, daß inzwischen einige Schwierigkeiten aufgetaucht seien. Alle Augen seien auf Berlin gerichtet. Obwohl in dem offiziellen Communiqué gesagt wird, daß v. Kempner nur zu informatorischen Zwecken nach Berlin gereist ist, muß gesagt werden, daß man in Locarno daran nicht glauben will. Allgemein wird angenommen werden, daß der deutsche Staatssekretär die Genehmigung des Kabinetts und des Reichspräsidenten zu der Formulierung des Artikels 16 und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einholen sollte. Dr. Luther, der der Presse gegenüber überaus vorsichtig ist, hat sich eine Bedenkzeit vorbehalten, bevor er seine endgültige Zustimmung zu Art. 16 gegeben haben wird. Es wird angenommen, daß diese Schwierigkeiten lange nicht so unüberwindlich sind, als die Meinungen über die sogenannten „Nebenfragen". Die Alliierten wollen lediglich in der Frage der Räumung der „Kölner Zone" Entgegenkommen zeigen — in den anderen Fragen will Briand eine „entgegenkommende Geste" den deutschen Wünschen gegenüber zeigen. Alles andere hängt von Berlin ab, meinen die Franzosen, und von dem Beschluß des Reichskabinetts. In Locarno herrscht starke Nervosität. Allgemein wird von einer Zuspitzung der Lage, von einer Krisenstimmung gesprochen. Ein Witzbold sprach sogar von der „Leichenstarre", die inzwischen eingetreten sein soll. Chamberlain, der am Freitag seinen Geburtstag hat, drängt auf Abschluß der Konferenz. Er will zum Wochenende daheim sein, und darum übt er auf die anderen Teilnehmer einen starken Druck aus, die Verhandlungen zu beschleunigen.

Die heutige Vollsitzung stand im Zeichen der westlichen Schiedsverträge, die zum Pakt gehören. In den Verhandlungen über die östlichen Schiedsverträge gehen die Verhandlungen weiter. Es handelt sich in erster Linie um das Prinzip. Deutschland hält gegenüber den tschechischen und polnischen Wünschen nach obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit an der Zweiteilung der Schiedssprüche fest. Allerdings, und das ist wohl die entscheidende Frage, verlangt Dr. Stresemann, daß die territorialen Fragen unter allen Umständen im Ausgleichsverfahren dem empfehlenden, aber nicht bindenden Urteil unterstellt werden.

Die französische Auffassung.

Aus Paris meldet die „Köln. Ztg.":

„Von den hiesigen amtlichen Stellen wird die Auffassung verbreitet, daß die Frage, die sich um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund drehe, nunmehr völlig geregelt erscheine. Für die Schiedsverträge seien Formeln in Vorschlag gebracht worden, die morgen zwischen den Franzosen, Deutschen, Tschechen und Polen erörtert werden sollten. Man glaubt am Quai d'Orsay, trotz des Dementis der Agenzia Stefani, doch noch immer mit einer Reise Mussolinis nach Locarno rechnen zu dürfen, und sagt nach wie vor das Ende der Konferenz für Donnerstag oder Freitag (!) dieser Woche voraus.

In den Pariser Blättern sucht man einen Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland bei der Beurteilung der Verhandlungen in Locarno festzustellen. Der Ton habe außer in einigen ganz rechts stehenden deutschen Blättern merklich zugunsten des Ganges der Verhandlungen umgeschlagen. Man dürfe wohl daraus schließen, daß es dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Äußern gelingen werde, ihre Anschauungsweise durchzusetzen und die nationalistische Reaktion in dem Kampf um den Einfluß, der zurzeit die deutsche Politik beherrsche, zu besiegen.

Die Havas-Agentur meldet aus Locarno, daß die Einigung sich wahrscheinlich auf folgender Grundlage herstellen lasse:

Deutschland wird in den Völkerbund unter den allgemein gültigen Bedingungen eintreten. Um seinen Befürchtungen wegen des Artikels 16 des Volkerbundsvertrages zu begegnen, werden die Verbündeten eine Erklärung abgeben (wobei sie jedoch der Genfer Völkerbundsversammlung allein das Recht der Auslegung des Vertrages vorbehalten), daß sie ihrerseits durchaus anzuerkennen gewillt seien, die Beihilfe der Staaten, die dazu aufgefordert werden sollten, den Bestimmungen des Völkerbundes Geltung zu verschaffen, dürfe im Falle eines Krieges nur insoweit beansprucht werden, als es die Mittel der betreffenden Staaten gestatteten und als es deren Kräften angemessen sei.

Die Darstellung der Havas-Agentur hält eine solche Auslegung des Artikels 16 für nur selbstverständlich, das heißt auch von dieser Seite wird damit zugegeben, daß es sich hierbei um gar kein Zugeständnis an deutsche Wünsche handelt. Bei einer solchen Regelung dürften ja auch die Besorgnisse Deutschlands unvermindert weiterbestehen. Wenn Deutschland im Falle einer Exekutive des Völkerbundes auch nicht gezwungen werden sollte, eigene Truppen zu entsenden (und dies würde bei der obigen Fassung durchaus nicht ohne weiteres feststehen), so würde die Tatsache allein, daß es seine Neutralität nicht aufrecht erhalten könnte, einen Durchzug fremder Truppen gestatten müßte, an wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und ähnlichen schönen Dingen sich beteiligte und gleichzeitig nicht über ein genügend starkes Heer verfügte, um selbst seine Grenzen wirksam verteidigen zu können, die Gefahr, das schutzlose Schlachtfeld eines künftigen Krieges zu werden, genau in gleicher Weise heraufbeschwören. Es gibt für Deutschland eben, wenn es den Artikel 16 anerkennen soll, nur zwei Möglichkeiten: Entweder verbürgt man für alle Fälle Deutschlands unbedingte, durch keine Völkerbundsbestimmung zu beeinträchtigende Neutralität oder man gesteht ihm eine für seine Landesverteidigung ausreichende Armee zu, so lange nicht die sämtlichen anderen Mächte, mögen sie nun dem Völkerbund angehören oder nicht, in gleicher Weise wie Deutschland abgerüstet haben.

Der gegenwärtige Stand.

Locarno, 14. Oktober. (R.) Der Sonderberichterstatter des Wolffschen Telegraphenbüros meldet: Chamberlain empfing heute vormittag die englischen Pressevertreter und schilderte zunächst den gegenwärtigen Stand der Konferenzarbeiten und seine Eindrücke in bezug auf deren Verlauf. Er sei immer sehr bewußt zurückhaltend gewesen in der Form, in der er seine Hoffnungen für den Erfolg der Konferenz zum Ausdruck gebracht habe. Heute könne er zuversichtlicher sprechen, wenn auch die endgültige Lösung aller Fragen, die in Locarno zur Diskussion stehen, noch nicht erzielt sei. Es sei bereits ein solches Maß gemeinsamer Vereinbarungen erreicht worden, daß heute keine Regierung mehr die Verantwortung dafür übernehmen könne, die Konferenzarbeit zum Scheitern zu bringen. Die Arbeit der Juristen habe nicht zum Ziele die Aufstellung der Kompromißformeln zum Ausgleich der verschiedenen Meinungen, sondern die Festlegung von Fassungen, in denen die Vereinbarungen klar, ohne Interpretationsmöglichkeiten, niedergelegt werden.

ein geübter Politiker den nahenden Sturm voraussagen kann. Heute liegt der Tiefdruck an der Weichsel.

Vom 1. d. Mts. tagt in Warschau eine Versammlung von 100 auserwählten Männern, die uns zu retten haben: der Staatswirtschaftsrat. Ein Ausschuß der Besten unter den Besten, aus 15 Männern bestehend, arbeitet Tag und Nacht an den eiligst zu ergreifenden Maßregeln... Wie sehr erinnert das an die allrussische Moskauer Delegiertenversammlung von 1917, wo ebenfalls etliche Hundert der weisesten Männer des Russenreiches fieberhaft nach Mitteln und Wegen tasteten, die zur Rettung des sinkenden Staatsschiffes führen könnten! Der Weg der rapiden Sozialisierung, der Enteignung der besitzenden Klassen und der Fütterung der wildgewordenen hungrigen Volksbestie erwies sich für das Russenvolk als verhängnisvoll. Allerdings befand sich Rußland damals inmitten eines traurig auslaufenden Krieges — der durch den Deutschenhaß „frankenliebender" Politiker kein Ende nehmen wollte. Wir, das Polnische Reich, befinden uns inmitten eines nicht weniger sinnlosen Krieges mit Deutschland auf dem Gebiete der Kultur und des Handels. Wollten die Herren in Warschau sich diese vielsagenden Gleichnisse doch zu Herzen nehmen und die Hebel dort ansetzen, wo es die Vernunft gebietet, nicht aber den bisherigen Steuerterror und den Chauvinismus fortbestehen lassen! Sonst könnte es uns allen bald recht schief gehen, und das wäre gewiß sehr traurig.

Dr. v. Behrens.

Der Schiedsvertrag über den Osten.

Wie Polens Journalisten sehen.

Der „Kurjer Poranny" schreibt folgendes an leitender Stelle:

„Der Schiedsvertrag zwischen Polen und Deutschland soll das seit einer Woche auf der Tagung in Locarno in der Schaffung befindliche Paktwerk krönen. Es scheint, daß es nichts Einfacheres gäbe, als einen Schiedsvertrag nach den bisherigen Begriffen von dieser Art von Verträgen. Die Staaten, die solche Verträge schließen, setzen fest, daß in allen Konflikten, in denen nicht die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen und die Staatsehre einer der Parteien engagiert ist, beide Parteien das Schiedsurteil eines gewählten neutralen Schiedsrichters oder des ständigen internationalen Schiedsgerichtshofs annehmen, indem von vornherein das Urteil des Schiedsrichters oder des Schiedsgerichtshofs als unwiderruflich beide Parteien verpflichtend erkannt wird. Solche Verträge mindern die Wahrscheinlichkeit eines Krieges herab, können aber die Möglichkeit von Kriegskonflikten nicht ganz beseitigen. Vor allem ist der Begriff der Staatsehre eine so dehnbare Bestimmung, daß bei bösem Willen einer der Parteien jeder bedeutsamere und tiefergehende Konflikt in die Kategorie subjektiver Beurteilung einer Demütigung eingestellt werden kann.

Wenn vor dem Kriege jegliche Grenzzwischenfälle oder gar Bewegungen unter der Grenzbevölkerung mit der Frage der Unversehrtheit und Sicherheit der Grenzen verknüpft sein konnten, so haben nach dem Kriege die Verwicklungen, unter denen die Siegerstaaten das neue territoriale Statut Europas aufsetzten, viel Vorwände zur Anhebung von Konflikten angehäuft, die mit der Geschichte der Genesis der gegenwärtigen Grenzen verbunden sind.

Die Theorie und Praxis der Geringschätzung von Vertragsverpflichtungen, die vom deutschen Kaiserreich im Jahre 1914 in zynischer Weise ausgelegt (!) und gegenüber dem Versailler Vertrag von der deutschen Republik in den Nachkriegsjahren systematisch angewandt (!) wurde, heißt überdies mit der Möglichkeit rechnen, daß von einer der Parteien die Schiedsunterwerfung jeder besonders reizbaren Angelegenheit, die sich nicht einmal in dem Bereich der „Grenzen" oder der „Ehre" ziehen läßt, oder die Ausführung des Schiedsurteils gegen die aufgenommenen Verpflichtungen abgelehnt wird. In diesem Falle würde das Bestehen eines Schiedsvertrages die Lage anstatt sie zu mildern nur noch in gefährlicher Weise verschärfen.

Die Diplomaten und Juristen im Völkerbund und außerhalb des Völkerbundes arbeiten angestrengt seit längerer Zeit an der Konstruktion solcher Schiedsverträge, die nicht mehr die schwachen Seiten des Vorkriegsarbitragentyps haben sollen. Diesem Ziele sollte das Genfer Protokoll entsprechen, das von England zurückgewiesen wurde, welches, wenn es um seine eigenen Streitfragen geht, den Grundsatz der obligatorischen Schiedsunterwerfung in allen Fragen ablehnt und das die Flotte und das Geld des britischen Imperiums nicht in Sicherheitssanktionen dort engagieren will, wo das direkte Interesse des Imperiums nicht in Frage kommt. Die Londoner Regierung hat sich hingegen entschlossen, den deutsch-französischen Vertrag zu unterstützen, der im Grunde genommen nichts anderes ist als ein verpflichtender Schiedsvertrag, der, abgesehen von territorialen Fragen, alle sonstigen Streitfragen umfaßt, ein Vertrag, der auf dem Grundsatz der Unagressivität und der endgültigen Verständigung in territorialen Fragen aufgebaut ist. Dieser Vertrag soll von England garantiert werden und verspricht, sich gegen denjenigen der beiden Kontrahenten zu wenden, der die Paktverpflichtungen nach dem Ermessen Englands in krasser Weise verletzt. Mit Rücksicht auf die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen hat sich die französische Regierung die Notwendigkeit vorbehalten, daß gleichzeitig mit dem Westpakt von Deutschland ein ähnlicher Schiedsvertrag mit Polen unter Anbietung der französischen Garantie abgeschlossen wird. Der deutsch-polnische Schiedsvertrag würde sich jedoch von dem deutsch-französischen dadurch unterscheiden, daß er sich nicht auf den Pakt der gegenseitigen endgültigen Verständigung hinsichtlich der Unantastbarkeit in territoriellen Fragen stützen würde, und zwar im Hinblick auf die deutsche These, daß „das deutsche Volk sich niemals mit dem gegenwärtigen Stande seiner Ostgrenzen abfinden werde, obwohl ihm einstweilen die Macht und die Lust dazu fehlt, diese Grenzen mit der Waffe zu korrigieren". Auf welchen Rechtsgrundlagen dieser Vertrag die Gefahr der zukünftigen Störung des Friedens zwischen Polen und Deutschland verhüten und welchen Wert er nicht nur für Polen, sondern auch für die allgemeinen Interessen der friedlichen Fundamentierung des gegenwärtigen Sachstandes bilden würde, — das werden wir sicherlich bald erfahren. Man muß sich jedoch, um die aus Locarno kommenden Nachrichten besser verstehen zu können, mit den Plänen bekannt machen, die nach dieser Richtung hin in den letzten Monaten in den politischen Kreisen von Paris, London und Prag als den Ausgangspunkten für die Diskussionen, die zwischen Polen und Deutschland auf der gegenwärtigen Tagung geführt werden sollten, besprochen wurden.

*

In Genf hat man während der Septemberversammlung in Journalistenkreisen, die sich für den Verlauf der Juristenberatungen in London interessierten, die mit dem deutsch-polnischen Schiedsvertrag verbundenen Pläne in folgende Punkte zusammengefaßt:

1. Grundlage des Vertrages werden die zwischen Frankreich und Deutschland in der Zeit vom Februar bis zum September ausgetauschten Noten sein, also sowohl der Februarvorschlag Deutschlands, die Juninote Briands, die Antwort Deutschlands vom 20. Juli als auch die Antwort Briands vom 24. August. Diese letzte französische Antwort, die vom Versailler Vertrag als der Grundlage Erwähnung tat, behielt sich vor, daß dem Schiedsspruch im Osten alle Konflikte ohne Ausnahme unterliegen sollten, also auch eventuelle Territorialkonflikte.

2. Dem Vertrag bliebe vorbehalten, daß sämtliche Konflikte, die auf diplomatischem Wege nicht zu erledigen sind, nur auf friedlichem Wege erledigt werden sollten, weshalb der Vertrag gewissermaßen ein Vertrag gegen Friedensstörer wäre.

3. Streitfragen, die keinen juridischen Charakter hätten und damit nicht unter die Bestimmung des Haager Schiedsgerichtshofs fielen, auch die politischen Konflikte, bezüglich derer man sich nicht über die Wahl des Schiedsrichters und die Annahme seines Urteils einigen würde, würden unter einen besonderen ständigen Schiedsgerichtshof fallen, der beim Völkerbund tätig wäre.

4. Dieser Schiedsgerichtshof wird Gutachten fällen, auf deren Grundlage die Parteien im Laufe von drei Monaten mit Hilfe dieses Schiedsgerichtshofes sich noch einmal bemühen, eine Verständigung herbeizuführen.

5. Wenn sich die Parteien nach drei Monaten nicht einigen könnten, dann könnte auf Wunsch beider Parteien die Streitfrage an den Völkerbundsrat kommen, der die Angelegenheit auf Grund der Vorschriften des Völkerbunds-Covenants prüfen würde. Natürlich müßte Polen sich hier ausdrücklich vorbehalten, daß sich das nicht auf den Artikel 19 der Übereinkunft bezieht.

6. Im Laufe des ganzen Verfahrens vor dem Schiedsgerichtshof bzw. dem Völkerbundsrat werden die Parteien verpflichtet sein, sich jeglicher Akte zu enthalten, die die Lage verschärfen oder den bestehenden Konflikt in einer dem Frieden gefährlichen Weise erweitern könnten.

7. Frankreich schließt mit Polen einen Vertrag ab, nach dem Frankreich verspricht, wenn Deutschland unter Verletzung obiger Verpflichtungen zu den Waffen greifen sollte, Polen unmittelbare Hilfe zu gewähren. Diese Hilfe wird Frankreich auch im Falle eines Angriffs Deutschlands auf Polen, nach Erschöpfung des ganzen Verfahrens gewähren, falls der Völkerbundsrat keinen einmütigen Beschluß herbeiführen könnte.

8. Frankreich schließt auch mit Deutschland einen Vertrag ab, nach dem, wenn Polen unter Verletzung obiger Verpflichtungen zu den Waffen greift, Frankreich verspricht, Deutschland unmittelbare Hilfe zu gewähren, die Frankreich auch im Falle eines Angriffs Polens auf Deutschland nach Erschöpfung des ganzen Verfahrens verpflichten wird, falls der Völkerbundsrat keinen einmütigen Beschluß erzielen könnte.

*

Ob und inwiefern die obigen Pläne als Untergrund zu den Bearbeitungen der Idee des Schiedsvertrages gedient haben, die den Gegenstand der Konferenz in Locarno bilden, kann natürlich nicht bekannt sein; in Journalistenkreisen der Westländer, die gewöhnlich gut unterrichtet sind und dem Sekretariat des Völkerbundes nahe stehen, sind solche Ideen jedenfalls als der wahrscheinlichste Untergrund der Lösungen betrachtet worden, die damals vorgesehen waren."

Grabski's Stellung doch erschüttert?

Aus Warschau wird gemeldet: Grabskis Stellung gilt im Sejm als vollkommen erschüttert. Alle seine Bemühungen, durch eine große Auslandsanleihe sich neues Ansehen im Sejm zu verschaffen, werden nach den im Sejm herrschenden Ansichten nichts mehr fruchten. Er wird doch gehen müssen, sagt man im Zentrum und auf der Linken. Grabski selbst weiß, daß seine Tage gezählt sind. Nach den im Sejm umlaufenden Gerüchten soll er bereits nach dem Beschluß des Ältestenausschusses des Sejms, betreffend die Verlegung der Diskussion über sein Exposé, im Schloß Belvedere seine Demission angeboten haben. Er stieß jedoch auf ganz entschiedenen Widerstand des Staatspräsidenten.

Der Ministerpräsident zog darauf seine Demission zurück, griff dann den Sejm heftig an, schilderte die Lage so, als ob er ohne und gegen den Sejm regieren könnte. Als er jedoch dieserhalb mit dem Sejmmarschall in einen ernsten Konflikt geraten war, schwand ihm plötzlich aller Mut, und er widersprach am Sonntag dem, was er am Freitag gesagt hatte. Der Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Sejmmarschall ist indes noch nicht beigelegt. Auf den ausdrücklichen Wunsch der Piastenpartei hin hat der Sejmmarschall die heikle Angelegenheit in der Schwebe gelassen. Man will vorläufig das Ende der Locarnoer Konferenz abwarten, um mit Herrn Grabski endgültig abzurechnen.

Um die Bank Polski.

Eine Sensationsmeldung.

Dem „Ilustr. Kurjer Codzienny" wird aus Danzig gemeldet: „Danziger Finanzkreise behaupten, daß sie aus Neuyork eingehende Informationen über die Bedingungen erhalten hätten, unter denen Amerika auf die Gewährung einer Anleihe für Polen eingegangen sei. Nach diesen Informationen soll eine bestimmte amerikanische Gruppe für 25 Jahre die Bank Polski übernehmen, indem sie für die Aktien der Bank den bisherigen Besitzern al pari zahlt. Das Stammkapital soll auf 600 Millionen erhöht werden, damit man auf dieser Grundlage 1½ Milliarden Złoty in Umlauf bringen könnte. Der durch die Bankoperationen erzielte Überschuß von mehr als 10 Prozent soll zur Schaffung eines Reservefonds verwandt werden, mit dessen Hilfe die polnischen Kreise nach Erlöschen des Kontraktes die Bank wieder übernehmen könnten.

Die Bankverwaltung soll einen Vertrauensmann der polnischen Regierung in der Eigenschaft eines Kontrolleurs bekommen. Zugleich soll im Wege von Verhandlungen die Höhe des Diskontsatzes gemäß der Lage auf dem Geldmarkt festgestellt werden. Die Amerikaner verpflichten sich, den Złoty auf unbedingter Goldparität zu halten. Sie wollen außerdem eines der Staatsmonopole übernehmen, am liebsten das Spiritusmonopol, und auf dieser Grundlage der polnischen Regierung eine große Investitionsanleihe gewähren."

Zu dieser Meldung seines Danziger Korrespondenten bemerkt das Blatt folgendes: „In Sachen der Übernahme eines Teils der Aktien oder der gesamten Aktien der Bank Polski sind schon Gerüchte über ein englisches Angebot in Umlauf gewesen, die vom Finanzministerium dementiert wurden. Die Nachricht von dem amerikanischen Angebot erscheint uns jedenfalls in der obigen Abfassung wenig wahrscheinlich. Indem wir sie aus Journalistenpflicht bringen, warten wir auf die Bestätigung bzw. Widerlegung von kompetenter Seite."

Der Steiger-Prozeß.

Vor dem Schwurgericht in Lemberg findet der Prozeß gegen Steiger statt, der vor einem Jahre das Attentat auf den Herrn Staatspräsidenten verübt haben soll. Bekanntlich stand Steiger schon vor dem Standgericht. Das Gericht hat die Verurteilung den zuständigen Gerichten überwiesen. Steiger bekennt sich nicht zur Schuld und sagt, daß er sicher einer Verwechselung zum Opfer gefallen sei. Im weiteren Verlauf der Gerichtssitzung wurde nach Verlesung der Anklageschrift zum Verhör des Angeklagten geschritten. Steiger bekannte sich nicht zur Schuld, und schilderte sodann sein Leben. Am kritischen Tage habe er eher in sein Büro gehen sollen, wo zwar die Arbeit erst um 3 Uhr begann, um ein Glückwunschschreiben für seinen Chef aufzusetzen. Als er die Kopernika durchschritt, habe er einen Polizeikordon und Menschenmengen gesehen, und da sei es ihm zur Erinnerung gekommen, daß der Staatspräsident in Lemberg weile. Er sei somit einen Augenblick stehen geblieben, um den Präsidenten zu sehen.

Nach den Aussagen des Angeklagten wurden die weiteren Verhandlungen auf heute vertagt.

Vor dem Beginn der heutigen Verhandlungen im Steigerprozeß ereignete sich ein tragischer Unglücksfall. Der eine der Geschworenen, Zygmunt Szulakiewicz, Direktor der Naphthagesellschaft, erlitt einen Herzschlag und starb, ehe ärztliche Hilfe eintreffen konnte. Mit Rücksicht darauf vertagte der Vorsitzende auf die Bitten der Geschworenen hin die Verhandlungen bis morgen 9 Uhr vormittags.

Republik Polen.

Spiritusmonopolverhandlungen.

Der Vorsitzende der Bank Gospodarstwa Krajowego, Steczkowski, ist nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia" nach Wien abgereist, um dort Verhandlungen mit dem Wiener Bankhaus Rothschild über eine Anleihe von 100 Millionen Dollar zu führen, die durch das Spiritusmonopol garantiert sein soll. Die Bank wird nicht die Verwaltung des Monopols übernehmen, aber das Auslandskonsortium, an dem auch Rothschildkapitalien beteiligt sein werden, wird die Kontrolle über die Einkünfte des Spiritusmonopols ausüben, die voraussichtlich auf die Monopolwirtschaft einwirken wird. Das Konsortium wird also nicht das Monopol pachten, sondern die Regierung garantiert nur die Anleihe in den Monopoleinkünften.

Konferenzen.

Ministerpräsident Grabski empfing gestern den Landwirtschaftsminister Janicki und besprach mit ihm die Bedeutung der in der Sejmkommission für Agrarreform angenommenen Senatsverbesserungen zum Agrarreformgesetzentwurf für die Landwirtschaft Polens. Außerdem konferierte Herr Grabski mit den Ministern Żychliński und Klarner über Ressortfragen.

Verkehr mit Rußland.

Wie die „Agencja Wschodnia" aus Warschau meldet, wird im Sinne des polnisch-sowjetischen Eisenbahnabkommens mit dem 1. Dezember die direkte Verbindung Warschau—Moskau über Stołpce eröffnet. Der Fahrplan wird so gelegt werden, daß der Schnellzug Warschau—Moskau Anschluß haben wird an den Expreß Warschau—Paris und den Kurierzug Moskau—Wladiwostok.

Französische Parlamentarier in Krakau.

Gestern vormittag sind die französischen Parlamentarier in Krakau angekommen. Auf dem Bahnhof, der mit französischen und polnischen Flaggen geschmückt war, wurden die Gäste u. a. vom Wojewoden Kowalikowski, und dem Regierungskommissar Ostrowski erwartet. Nach der Begrüßung wurde ein Frühstück eingenommen, worauf man die Stadt besichtigte.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die deutschen Minderheiten.

Eine wichtige Rede des Abg. Dr. Lodgman von Auer (Prag), ehem. Landeshauptmann von Deutschböhmen, in Wien.

Der tschechoslowakische Schritt in Berlin. — Der Völkerbundeintritt muß allein von dem Interesse Deutschlands abhängen. — Locarno kein Abschluß der Geschichte. — Tschechisierungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

—r. Wien, 12. Oktober 1925.

Abgeordneter Dr. Lodgman von Auen, Mitglied der Tschechoslowakischen Nationalversammlung, hielt gestern im größten Saale Wiens vor vielen Tausenden eine Aufsehen erregende Rede. Dr. Lodgman führte u. a. aus:

Der Schritt des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch in Berlin beweist recht deutlich die Furcht der Prager offiziellen Politik, daß Frankreich freiwillig oder gezwungen die schützende Hand von seinen östlichen Vasallen abziehen könnte. Wir sind uns klar darüber, daß sowohl in Genf als auch in Locarno nicht um Recht, sondern um die Interessen der einzelnen Mächte gerungen wird. Die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund soll ausschließlich und allein vom Standpunkte der Interessen Deutschlands und nicht etwa nur von dem Gesichtspunkte aus beurteilt werden, ob das Reich innerhalb des heutigen Völkerbundes Gelegenheit hätte, mit Nachdruck für die Lebensfragen des viele Millionen zählenden Grenz- und Auslandsdeutschtums einzutreten. Die Grenzlanddeutschen begrüßen insbesondere die unverkennbare Entwicklung im binnendeutschen Volke, die sich über die kleinstaatliche Einstellung zum umfassenden deutschen Volksbewußtsein durchringt. Mit dieser Entwicklung wird die Grundlage der stärksten Hilfe klargelegt, die Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen seinen Auslandsposten zu bieten vermag. Die Deutschen in der Tschechoslowakei fühlen sich aber keineswegs in der Minderheit, sie sind bodenständiges Grenzlanddeutschtum. Niemals werden sie von der Forderung des vollen Selbstbestimmungsrechtes abgehen, um so weniger, als heute schon diese Forderung zur Waffe gegen diejenigen geworden ist, die es seinerzeit verkündet und später verraten haben. Will man ernstlich den Frieden Europas, so muß dem ganzen deutschen Volke das gegeben werden, was die anderen Völker seit langem für sich in Anspruch genommen haben. Weder Genf noch Locarno bedeuten irgend einen Abschluß der geschichtlichen Entwicklung.

Was die Verhältnisse in der Tschechoslowakei anlangt, so ist zu sagen, daß alle Maßnahmen des tschechischen Staates beherrscht werden von dem Gedanken, den reinen tschechischen Nationalstaat durch Einschmelzung aller fremden Völkerteile herbeizuführen. An dem Beispiel der Bodenreform, der Sozialversicherung und anderer wirtschaftlicher Gesetze treten die schweren Gefahren auf, welche die Staatsmaschinerie dem Sudetendeutschtum auferlegt. Nichtsdestoweniger wird sich das bodenständige Volkstum unter den schwierigsten Verhältnissen weiter behaupten. Die allergrößte Gefahr liegt in der Schulfrage. Von rund 12000 deutschen Volksschulklassen sind bereits 4000 zerstört, und seit dem Umsturze hat der tschechische Staat nur 2 Prozent deutsche, dagegen 98 Prozent tschechische Minderheitsschulen, letztere nur im rein deutschen Gebiet, errichtet. Der Staat rechnet also damit, daß er den Geist der lebenden deutschen Generation nicht in seinem Sinne umzuformen imstande ist, und setzt seine Hoffnungen auf die deutsche Jugend, der er nach seiner Art den tschechischen Staatsgedanken einprägen will. Dieses Ziel wird ihm jedoch unerreichbar bleiben.

Die Wahlen für die tschechoslowakische Nationalversammlung stehen bevor. Bekanntlich hat der Bund der Landwirte vor einigen Wochen an die übrigen deutschen Parteien der Tschechoslowakei den Vorschlag der deutschen Einheitsfront weitergegeben. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Erneut wird aber klar, daß das sudetendeutsche Volk unter der Schädlichkeit des Parteiwesens leidet. Was wir brauchen, das sind nicht Parteien, sondern Männer und Führer, die ein heißes Herz und einen kühlen Kopf haben. Feststeht, daß das sudetendeutsche Volk erst dann verloren wäre, wenn es das Bewußtsein einbüßte, daß es in dem feindlich gesinnten tschechischen Staate Bürgertum zweiter Klasse ist, ja zu den politischen Hörigen des herrschenden Tschechentums gehört.

Die neue Amundsenexpedition.

Über die Vorbereitungen der neuen Amundsen-Expedition, die mit dem Luftschiff unternommen werden soll, wird berichtet, daß der Amerikaner Lincoln Ellsworth 100 000 Dollar beigesteuert hat unter der Bedingung, daß die Expedition wieder unter norwegischer Flagge vor sich gehe und kein anderer Amerikaner als Ellsworth daran teilnehme. Dieser übernimmt zusammen mit einem Meteorologen die Leitung der wissenschaftlichen Arbeit und die Navigation. Die Expedition soll wieder Amundsen-Ellsworth-Polar-Expedition heißen. Ihre Kosten sind im ganzen auf 1½ Mill. Kronen veranschlagt. Zu den 500 000 Kronen, die Ellsworth gibt, kommt ein Überschuß von 400 000 Kronen von dem diesjährigen Polarflug. Der Verkauf der Nachrichten und Artikel an Zeitungen hat diesmal 240 000 Kronen eingebracht. Man erwartet im nächsten Jahre den doppelten Ertrag aus diesem Verkauf. Ferner hofft man auf guten Gewinn aus der Vorführung des Polarfilms und den Vorträgen Amundsens.

Auf Spitzbergen ist mit der Errichtung eines Luftschiffhafens begonnen worden.

Deutsches Reich.

Der Besuch Hindenburgs in Sachsen.

Der deutsche Reichspräsident wird heute, den 15. Oktober, der sächsischen Regierung einen Besuch abstatten. Er trifft mit dem fahrplanmäßigen Zuge gegen ½12 Uhr vormittags in Dresden ein, wo er auf dem Hauptbahnhof von der Staatsregierung und den Behörden begrüßt werden wird. Er begibt sich sofort in das Ministerialgebäude, wo eine offizielle Begrüßung stattfindet. Der Reichspräsident wird auch den Landtag besuchen und einer Einladung der Stadt Dresden ins neue Rathaus Folge leisten. Nachmittag wird Ministerpräsident Held zu Ehren des Reichspräsidenten einen Tee im Foyer der Staatsoper geben. Abends um 7 Uhr kehrt der Reichspräsident wieder nach Berlin zurück.

Kälte und Schneefall auf dem Feldberg.

Freiburg, 15. Oktober. (R.) Gestern und heute vormittag gingen leichte Schneefälle auf dem Feldberg nieder, die Temperatur betrug in der Nacht —7 Grad. Heute früh werden noch etwa 5 bis 6 Grad Frost gemeldet.

Direkter deutscher Personenverkehr mit China und Japan.

Ueber die Ergebnisse der zweiten deutsch-litauisch-russischen Verbandskonferenz in München wird mitgeteilt, daß die beschleunigte Eröffnung eines direkten Personenverkehrs zwischen Deutschland und Rußland über Litauen und Lettland beschlossen wurde. Ferner wurde in Aussicht genommen, die Eröffnung eines direkten Personenverkehrs zwischen Japan, China und Deutschland über Lettland, Litauen und die Sowjetunion vorzubereiten.

— **Caesar Flaischlens Bücher.** Der Todestag Caesar Flaischlens jährt sich am 16. Oktober zum 5. Male, aber der Dichter ist nicht tot, er lebt, denn seine Werke leben. Seine „Gesammelten Dichtungen" sind erschienen, gleich in einer Auflage von 10 000 Exemplaren, das sind 60 000 Bände, ein kleines Büchlein schwäbischer Dialektgedichte ist unter dem Titel „Von Derhoim ond Drausse" aus seinem Nachlaß herausgegeben, und die übrigen Bücher, die des Dichters Namen bekannt gemacht haben, sind zu einer erstaunlichen Verbreitung gekommen; man kann sagen, daß im ganzen nicht viel weniger als eine Million Bände Caesar Flaischlenscher Dichtungen im Volke verbreitet ist, eine wahrhaft imponierende Zahl! Interessant ist, daß den größten Anteil an dieser Ziffer die beiden Gedichtbände „Heimat und Welt" (277 000) und „Von Alltag und Sonne" (259 000) haben.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 15. Oktober.

Helft den Alten!

Im vorigen Jahre konnte der Wohlfahrtsdienst Altershilfe sämtliche Altersheime und Frauenhilfen mit dem Winterbedarf an Kartoffeln versorgen, die gütigerweise von den verschiedenen Seiten geschenkt waren. Auch dies Jahr besteht die sichere Zuversicht, daß trotz der schweren Zeiten, dank der Opferbereitschaft unserer Landsleute diese Versorgung wieder möglich ist.

Die Mittelstandsküche ist am 6. Oktober eröffnet, und 70 Alte werden dreimal in der Woche gespeist. Viele Bitten um Aufnahme können nicht erfüllt werden, da der Wohlfahrtsdienst Altershilfe mit Sorgen in die Zukunft sieht, wie bei den geringen Vorräten die nächste Zeit überstanden und für die 70 Personen das Essen bereitet werden soll.

Für die Brotspende muß auch gesorgt werden. 160 Brote kommen wöchentlich zur Verteilung, und die Frage: woher das Mehl dazu nehmen? ist eine brennende und sorgenvolle.

Diese Arbeit an den hilfsbedürftigen Alten ist nur durch die opferbereite Nächstenliebe aller Deutschen in Stadt und Land zu leisten, und an diese geht immer und immer wieder die Bitte: Gebt für die Altershilfe! Gebt Geld, gebt Lebensmittel aller Art: Kartoffeln, Wruken, Kohl, Gemüse und Speck!

Geldspenden nehmen alle deutschen Banken und die Geschäftsstelle der deutschen Tageszeitungen, Lebensmittel das Bureau des Wohlfahrtsdienstes, Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiserring) entgegen.

Ermäßigte Auslandspässe für Handelskreise.

Durch Rundschreiben vom 23. September hat das Handelsministerium bezüglich der Eingaben zur Erlangung ermäßigter Pässe für Handelszwecke gewisse Aenderungen getroffen. Danach haben Personen, die aus Handels- oder industriellen Gründen ins Ausland reisen wollen, Anträge zunächst nicht an die Wojewodschaft, sondern an die Verwaltungsbehörden erster Instanz zu richten. Die Anträge sind mit den bisher verlangten Dokumenten zu versehen; die Verwaltungsbehörde erster Instanz sendet sie dann mit einem eigenen Antrag an die Wojewodschaftsbehörde, und erst dann entscheiden die industriellen Abteilungen, ob aus Handels- und industriellen Rücksichten die Notwendigkeit besteht, einen ermäßigten Paß zu erteilen.

Verkehrserweiterung der Posener Straßenbahn.

Für die Straßenbahn sollten im August aus der Tschechei 15 Motorwagen neuesten Typs eintreffen. Die Lieferung wird erst 1926 erfolgen. Sie sollen unserer Straßenbahn als Vorbild dienen bei der Herstellung von Wagen in den eigenen Werkstätten. Neuerdings hat die Straßenbahn vier Personenkraftwagen aus Paris bezogen. Sie werden vom 25. d. Mts. ab den Verkehr auf Strecken unterhalten, die noch keine Straßenbahnverbindung besitzen. Die erste Strecke ist: Botanischer Garten nach Lazarus über ul. Matejki, Grunwaldzka, Przecznica, beim Schloß, ul. Św. Marcin (St. Martin), ul. Ratajczaka (Ritterstr.) nach dem Plac Wolności (Wilhelmsplatz). Abfahrt alle 15 Minuten. Die zweite Strecke verbindet Główno mit dem Alten Markt; die dritte Strecke Starołęka (fr. Luisenhain) mit dem Plac Świętokrzyski (Petriplatz) und für die dritte Strecke ist Ławica in Aussicht genommen. Der Preis wird etwa 7 bis 8 Groschen für das Kilometer betragen. Die Fahrt nach Główno wird 30 bis 40 gr kosten, nach Starołęka etwa 50 gr. Jeder Wagen faßt 25 Personen, der größte 40. In diesem Jahre hat die Straßenbahn geleistet: die Strecke Wilda bis Dembsen verlängert (800 Meter), die Strecke Eichwaldtor bis zur städtischen Badeanstalt verlängert (900 Meter), die Strecke 9 vom 1. August ab von Sołacz bis Golęcin bzw. Artilleriekaserne verlängert.

Der erste Schneefall.

Was man nach den niedrigen Temperaturen der letzten Tage mit Sicherheit erwarten konnte, ist jetzt eingetreten: der erste Schnee. Und zwar bereits heut nacht gegen 1½ Uhr, und nicht etwa erst, wie die heutigen Frühaufsteher beim Anblick des lustigen Schneeflockentanzes in der 7. Stunde anzunehmen geneigt sein werden, heut früh. In der Nacht fiel der Schnee noch ziemlich dünn, heut früh dagegen erinnerte das Schneetreiben eine Viertelstunde lang an solches aus dem Dezember oder Januar. Dicke große Flocken wirbelten lustig durcheinander, und wenn ihnen auch auf den Fuß- und Fahrwegen keine lange Lebensdauer beschieden war — die Temperatur betrug in der 7. Stunde immer noch 1½ Grad Wärme —, so schufen doch die mit einer Schneedecke überzogenen Dächer und die Bäume, deren Blätter aus der Schneedecke hervorlugten, die Erinnerung an eine Art Winterlandschaft. Es wird offenbar vorzeitig Winter, eine Tatsache, wenig freudig begrüßt von der Menschheit, die schon unter den Nöten der Gegenwart schwer leidet, ohne daß noch die Winterteuerung hohe Ansprüche an den schwindsüchtigen Geldbeutel stellt.

s. **Zur Verlegung der Mittwoch-Viehmärkte.** Der erste der von Mittwoch auf Dienstag verlegten Posener Viehmärkte findet nach einer Bekanntmachung des Magistrats am nächsten Dienstag, 20. Oktober, statt.

× **Über die Weltkonferenz für praktisches Christentum,** die vom 19. bis 30. August in Stockholm stattfand, werden, wie schon mitgeteilt, die dorthin entsandten Vertreter der unierten evangelischen Kirche, Generalsuperintendent D. Blau, Konsistorialrat Nehring, Superintendent Hildt und Pastor Sarowy, am Sonntag, dem 18. Oktober, abends 7½ Uhr, bei einer Gemeindefeier in der Kreuzkirche berichten. Auch hat der Bachverein unter Leitung von Pastor D. Greulich seine Mitwirkung zugesagt. Der Eintritt ist frei.

s. **Ein Mieterkongreß** hat dieser Tage im Jarockischen Saale getagt. Als Forderungen stellte der Kongreß auf: eine Novelle zum Mieterschutzgesetz, die Einführung einer dritten Instanz bei den Gerichten in Exmissionssachen, Sistierung der Mietserhöhungen mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage und Arbeitslosigkeit; es wurde eine in diesem Sinne lautende Entschließung gefaßt.

× **Verschärfung der Waffenbescheinigungen.** Da alle bisherigen Erleichterungen für die Flobertgewehre aufgehoben wurden, fordert das Regierungskommissariat die Besitzer von Flobertgewehren aller Systeme und Kaliber auf, innerhalb von drei Monaten die Genehmigung zum Besitz dieser Waffen zu besorgen. Nach Ablauf dieses Termins werden alle Flobertgewehre, für die keine Genehmigung vorgewiesen werden kann, beschlagnahmt und die Besitzer zur Verantwortung gezogen. Gleichzeitig wird das Schießen auf öffentlichen Wegen und an belebten Orten verboten. Wer bei Ueberschreitung dieser Verordnung betroffen wird, wird zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und die Waffe beschlagnahmt.

× **Das Teatr Pałacowy** bringt in dieser Woche die ersten beiden Serien, im ganzen zwölf Akte, eines abenteuerlichen Dramas, das den Titel „Der Eiserne Mann" führt. Dieser „Eiserne Mann" ist kein Geringerer als der bekannte Filmakrobat Albertini, der ausgesprochene Liebling des Publikums, der wieder durch seine nervenaufregenden Akrobatenkunststücke das Interesse der Zuschauer für sich in Anspruch nimmt, der Zuschauer, die das Palasttheater bei allen Vorstellungen bis auf den letzten Platz füllen und sich bei den mannigfachen grotesk-komischen Darbietungen auf das angenehmste unterhalten. In der nächsten Woche folgen die beiden letzten Serien des Dramas; wer diese verstehen will, muß auch die beiden ersten gesehen haben. Darum versäume niemand, das Palasttheater in dieser Woche zu besuchen.

× **Von einem Taschendiebe um seine goldene Uhr bestohlen** wurde bei der Rückkehr von einer Reise Dienstag abend gegen 10 Uhr auf dem Vorderperron der Linie 1 bei der Fahrt vom Bahnhofe nach der Wasserstraße Herr Generalsuperintendent D. Blau. Es handelt sich um ein wertvolles Familienandenken, eine glatte dünne Schlüsseluhr mit römischen Ziffern ohne Deckel, deren Glas an zwei Stellen etwas beschädigt war.

× **Im Wahnsinn aus dem Fenster gestürzt** hat sich gestern abend 7 Uhr aus seiner Wohnung im 2. Stock Górna Wilda 195 (fr. Kronprinzenstr.) der Arbeiter Franz Adamczyk. Er wurde zunächst dem Stadtkrankenhause und darauf der Irrenabteilung überwiesen.

× **Wegen Sittlichkeitsverbrechens** an einem 12jährigen Schulmädchen wurde gestern nachmittag 3 Uhr in der Halbdorfstraße ein Mann verhaftet.

× **Wegen Uhrendiebstahls festgenommen wurde auf dem** Hauptbahnhofe ein gewisser Stefan Szwałek.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem gewissen Benedikt Tomecki aus der ul. Niegolewskich 14 (fr. Augustastr.) auf dem Hauptpostamt gestern nachmittag 4¼ Uhr eine Geldtasche mit 150 zł, seinem Personalausweis und einem Dienstvertrag; er hatte die Tasche auf das Fenster gelegt und zunächst vergessen; als er nach 20 Minuten zurückkehrte, war die Tasche verschwunden; ferner wurden gestohlen: aus dem Knytelschen Trikotagengeschäft in der Glogauer Str. 94 Waren für 200 zł; aus der ul. Mickiewicza 1 (fr. Hohenzollernstr.) Kraftwagenzubehörteile für 200 zł; aus der Cybinastraße 2 zwölf Hühner, nachdem sie an Ort und Stelle geschlachtet waren; aus der ul. Ewangelicka 1 (fr. Miquelstraße) Werkzeug zum Pferdereinigen, Leinen usw.; aus einer Niederlage an der ul. Piaskowa 2—3 (fr. Sandstr.) 30 Kartons Schokolade, 30 Pfd. Tee, 50 Pfd. gebrannter Kaffee im Werte von 1000 zł.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Donnerstag, früh** +0,58 Meter, gegen +0,60 Meter gestern früh.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, 16. 10.: Verein Deutscher Sänger: Übungsstunde.
Sonntag, 18. 10.: Evangelischer Verein Junger Männer: Besuch des Gemeindeabends in der Kreuzkirche.
Sonntag, 18. 10.: Ruderklub Neptun Posen: früh 10 Uhr Abrudern. Abends gemütliches Beisammensein im Klublokal.

Der Herr der Dynamos.

Von Herbert George Wells.

(Aus dem Novellenband „Stahl" von Leonhard Adelt, im Verlag des „Volksverbandes der Bücherfreunde", Berlin, erschienen.)

(1. Fortsetzung.)

Und Azuma-zi schaute. Einen Augenblick ging Holroyds Stimme unter, dann hörte Azuma-zi: „Hundert Menschen umbringen. Zwölf Prozent der allgemeinen Sterblichkeit! Das nenn ich mir noch so was wie einen Gott!"

Holroyd war stolz auf seine große Maschine und erging sich Azuma-zi gegenüber so lange über ihre Größe und Kraft, bis seine Reden und das immerwährende Tosen und Wirbeln Gott weiß was für seltsame Gedankenströme unter der lockigen, schwarzen Hirnschale entfesselten. Er pflegte auf die deutlichste und ausführlichste Weise die Dutzend oder mehr Arten zu beschreiben, wie ein Mensch durch sie getötet werden könne; einmal ließ er Azuma-zi auch einen Stoß von ihr verspüren — als Beispiel ihrer Leistungsfähigkeit.

Von da ab konnte Azuma-zi in den Pausen zwischen seiner Arbeit — und es war schwere Arbeit, denn er besorgte nicht nur seine eigene, sondern auch Holroyds fast ganz — oft dasitzen und die große Maschine beobachten. Manchmal sprühten die Bürsten auf und spien blaue Funken und Blitze, und Holroyd fluchte. Aber im allgemeinen ging alles so glatt und rhythmisch wie der Atem eines Menschen. Das Band zischte kreischend über die Spule, und hinter einem ertönte, wenn man dasaß und beobachtete, unablässig das satte Bum-bum des Pistons. Und so lebte sie da — tagaus, tagein — in der großen, luftigen Maschinenhalle — mit Azuma-zi und Holroyd als Dienern. Nicht eingesperrt und Sklavenarbeit verrichtend, um ein Schiff zu treiben, wie andere Maschinen, die Azuma-zi kannte, sondern eine Herrschermaschine. Die beiden kleinen Dynamos verachtete Azuma-zi — selbstverständlich — schon im Vergleich zu ihr, die große taufte er bei sich den Herrn der Dynamos. Die kleinen waren launisch und unregelmäßig. Die große war zuverlässig. Wie groß sie war! Wie gelassen und leicht sie arbeitete! Größer noch und ruhiger als die Buddhas, die er in Rangoon gesehen hatte. Und dabei doch nicht unbewegt, sondern lebendig! Die großen, schwarzen Drahttaue kreisten, kreisten, kreisten — die Ringe unter den Bürsten liefen rund und rund und rund — und der tiefe Klang des Herzschlags trug das Ganze. Ganz seltsam regte es Azuma-zi auf.

Azuma-zi liebte die Arbeit nicht. Sobald Holroyd wegging, etwa um den Torwächter zu überreden, ihm Whisky zu holen, hockte er herum und besah sich den Herrn der Dynamos, obgleich sein Platz gar nicht vorn in der Maschinenhalle, sondern hinter den Kesseln war und er obendrein, wenn Holroyd ihn bei solchem Herumlungern erwischte, noch mit einem dicken Kupferdrahttau Prügel dafür kriegte. Oft stellte er sich ganz dicht neben den Koloß hin und schaute empor zu dem großen Lederriemen, der über ihm hinsauste. Es war da eine schwarze Stelle auf dem Riemen, die immer wiederkehrte, und es machte Azuma-zi Spaß, in all dem Gedröhne immer aufs neue auf ihr Erscheinen zu warten. Seltsame Gedanken kreisten in ihm mit ihrem Wirbellauf.

Gelehrte berichten uns, daß die Wilden den Steinen und Bäumen eine Seele zusprechen, — und wie viel tausendmal lebendiger als ein Stein oder ein Baum ist eine Maschine! Und Azuma-zi war im Grunde noch ein Wilder. Der Firnis der Zivilisation ging bei ihm nicht tiefer als sein Heizeranzug, die Risse in seiner Haut und der Kohlenstaub auf seinem Gesicht und seinen Händen. Sein Vater hatte dereinst einen Meteorstein angebetet; mag sein, daß das verwandte Blut die breiten Räder des ewigen Kreislaufs besprengt hatte.

Er ergriff jede Gelegenheit, die Holroyd ihm ließ, die große Maschine, die ihn im Banne hielt, zu berühren, zu betasten. Er polierte und putzte an ihr herum, bis ihre Metallteile die Sonne blendeten. Er hatte ein geheimnisvolles Gefühl von Priesterschaft, während er das tat. Manchmal ging er hin zu ihr und rührte leise an die sausenden Drähte. Die Götter, zu denen er gebetet hatte, waren fern. Und die Menschen in London versteckten ihre Götter.

Schließlich wurden seine unklaren Gefühle deutlicher und nahmen Formen an — erst in Gedanken — zuletzt in Taten. Eines Morgens, als er in das dröhnende Maschinenhaus kam, machte er einen Salaam vor dem Herrn der Dynamos, und später, als Holroyd weg war, ging er zu der donnernden Maschine hin und flüsterte ihr zu, er sei ihr Diener, er bete zu ihr, sie möchte sich seiner erbarmen und ihn von Holroyd erlösen. Ein vereinzelter Lichtstrahl drang durch den offenen Torweg des pochenden Maschinenhauses, während er das tat, und der Herr der Dynamos erstrahlte, während er wirbelte und donnerte, in blassem Gold. Und da wußte Azuma-zi, daß seine Gebete seinem Herrn angenehm waren. Von da ab fühlte er sich nicht mehr so verlassen wie bisher, und er war sehr, sehr einsam gewesen in London. Noch wenn seine Arbeitszeit vorüber war — was selten genug vorkam —, trieb er sich um das Maschinenhaus herum.

Nächstes Mal, als Holroyd ihn mißhandelte, ging Azuma-zi nachher zum Herrn der Dynamos und flüsterte: „Du siehst es, o Herr!" Und das zornige Schwirren der Maschine schien zu antworten.

Dann kam es ihm so vor, als ob, so oft Holroyd ins Maschinenhaus kam, in die verschiedenen Geräusche der Maschine eine neue Note käme. „Mein Herr und Gott harrt seiner Zeit," sagte sich Azuma-zi. „Noch ist die Missetat des Toren nicht reif!" Und er harrte und hoffte auf den Tag der Abrechnung.

Eines Tages drohte ein Kurzschluß — es war am Nachmittag —, und die Maschine versetzte Holroyd, als er sie ziemlich unvorsichtig untersuchte, einen bösen Schlag. Azuma-zi, der hinten stand, sah ihn abspringen und auf den heimtückischen Draht fluchen.

„Er ist gewarnt!" sagte sich Azuma-zi. „In Wahrheit — mein Herr und Gott ist sehr langmütig!"

(Fortsetzung folgt.)

Deutsch-katholische Gottesdienstordnung.

Vom 18. bis 25. Oktober.

Sonntag (Kirchweihfest) ½8 Uhr Beichtgelegenheit, 9 Uhr Predigt und Amt, 3 Uhr Vesper, Prozession und Segen. An den Wochentagen ½8 Uhr hl. Messe; vor- und nachher Beichtgelegenheit. Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr Rosenkranzandacht. Montag abend 7 Uhr Sitzung des Gesellenvereins. Dienstag nachmittag 4 Uhr Sitzung des Unterstützungsvereins, abends ½8 Uhr Sitzung der Lydia. Sonnabend 5 Uhr Beichtgelegenheit.

---

* **Bromberg,** 14. Oktober. Selbstmord durch Erhängen verübte gestern früh der 23jährige Malergehilfe Franciszek Ciżniewski, wohnhaft Jakobstraße 1, in einem Häuschen, das zu dem Grundstück der Hegeschen Möbelfabrik gehört. C. war von auswärts gekommen und hatte Arbeit gesucht, aber erfolglos. Das mag ihn zu dem verzweifelten Schritt getrieben haben.

s. **Czarnikau,** 14. Oktober. Beim 8. Sohn der Woźnicaschen Eheleute im Dorfe Chelst (fr. Neuteich) hat der Staatspräsident Patenstelle übernommen und sich durch den Starosten Dr. Siokala vertreten lassen.

□ **Duschnik,** 14. Oktober. Am Sonntag, 11. d. Mts., fand nachmittags in der evangelischen Kirche eine musikalische Feierstunde statt. Gemeindegesänge und Schriftlesungen wechselten ab mit Chorliedern und Vorträgen des Posaunenchors, die von dem Ortspfarrer, Pastor Warnke, sorgfältig einstudiert waren. Von Fräulein Schultheiß-Posen mit wohlklingender Stimme gesungene Lieder von Mendelssohn und Hiller, sowie die vom Ortspfarrer auf der Geige vorgetragene Sinfonie pastorale von Händel verschönten die Feier. Die von den sehr zahlreich erschienenen Zuhörern gegebenen reichlichen Spenden sind als Beihilfe für den neu zu errichtenden Zaun des Kirchplatzes bestimmt.

p. **Schubin,** 14. Oktober. Vergangene Nacht wurde bei der hiesigen Genossenschaft ein Einbruchsdiebstahl verübt. Gestohlen wurden aus einem Geldschrank 500 zł bares Geld; außerdem ein Herren- und ein Damenfahrrad.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

J. M. in M. Es würden Ihnen nach der deutschen Aufwertungsverordnung mindestens 12½ % des eingezahlten Kapitals nebst Zinsen zustehen. Wie Sie unter den von Ihnen geschilderten Umständen zu Ihrem Gelde kommen könnten, das können wir Ihnen leider nicht sagen. Vielleicht wenden Sie sich mit einer Anfrage an die Hauptdarlehnskasse.

L. 100. 1. Wenn die Kasse eine löschungsfähige Quittung für die ganze Hypothek ohne Vorbehalt ausgestellt hat, kann sie jetzt keine nachträgliche Aufwertung fordern. Anders verhält sich die Sache, wenn die Quittung nur für einen Teilbetrag der Hypothek ausgestellt ist. 2. Die alten Ein- und Zweizlotyscheine haben ihre Gültigkeit im Verkehr noch nicht eingebüßt. Die alten Fünfzlotyscheine werden nur noch von der Bank Polski angenommen bzw. umgetauscht. 3. Uns ist über die Krankheit nichts Näheres bekannt. Wenden Sie sich doch einmal mit Ihrer Anfrage an das „Landwirtschaftliche Zentralwochenblatt für Polen". 4. Wenn der Schwiegersohn hier keine Existenzmöglichkeit mehr hat, werden ihm von den deutschen Behörden kaum irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden. Von der Zahlung von Verdrängungsschaden kann ebenso wenig die Rede sein, wie von der Differenzentschädigung. 5. Wir würden Ihnen empfehlen, sich an den von Ihnen erwähnten Abgeordneten zu wenden. Die einfache Anschrift Herrn Sejmabg. N. N. w Warszawie genügt. — In Zukunft bitten wir Sie, die Anfragen doch etwas kürzer zu fassen.

Fr. M. B. in S. In Ihrer Anfrage vermissen wir die Hauptsache, nämlich die Angabe, aus wie viel Zimmern die Wohnung besteht. Falls es sich um eine Vier- bis Sechszimmerwohnung handelt, dann sind seit dem 1. d. Mts. 47 Proz., d. h. 34,68 zł Monatsmiete zu zahlen. Ihre Berechnung 60 Goldmark = 75 zł ist falsch; 60 Goldmark sind nur 73,80 zł. Wie Ihr Mieter auf den Betrag von 28,91 zł kommt, ist uns nicht verständlich.

A. C. M. Wir würden recht gern die von Ihnen vorgelegte Frage beantworten, sofern wir dazu imstande sind. Aber leider ist Ihre Zuschrift an den wichtigsten Punkten unleserlich. Würden Sie uns nicht die Frage in klarer Handschrift nochmals zugehen lassen?

Th. Dr. in N. 1. Da Sie die Hypothek mit Vorbehalt angenommen haben, können Sie Anspruch auf eine 15prozentige Aufwertung erheben. 2. Ebenfalls. 3. Gleichfalls. Sie müssen erst einmal die Rechtmäßigkeit der Aufwertung gerichtlich feststellen lassen. Ebenso sind die Zinsen der Hypotheken aufzuwerten und den Hypotheken zuzurechnen. Von den so errechneten neuen Hypotheken erfolgt die reguläre Zinszahlung bzw. die neu zu verabredende bei ländlichen Hypotheken vom 1. Juli 1924 ab, bei städtischen Hypotheken seit dem 1. Januar 1925. Schriftliche Auskunft erfolgt nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen.

Eingesandt.

(Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Unter der Überschrift: „Freundlichkeiten gegen die evangelische Kirche in Posen" ist im „Pos. Tagebl." vom 15. d. Mts. auch die Tatsache angeführt, daß ein Stadtbaurat der evangelischen Petrigemeinde vorgeschlagen habe, die Petrikirche zur Verbreiterung des Straßengeländes abzureißen. Zur Ergänzung ist dem hinzuzufügen, daß mit dem Vorschlag die Zusage verbunden war, falls der Plan zur Ausführung käme, vorher an anderer Stelle der Gemeinde Kirche und Pfarrhaus wiederaufzubauen; eine Schädigung war also nicht beabsichtigt. Daß die Lage der Kirche für den Verkehr am Petriplatz keine günstige ist, ist schon lange empfunden, und schon in dem Jahre 1889 hat die Kirche von ihrem Besitz einen Streifen an die Stadt abgetreten; auch für die Kirche ist der starke Verkehr in unmittelbarer Nähe nicht angenehm. Der Vorschlag, die Petrigemeinde, die älteste evangelische Gemeinde der Stadt, eingehen zu lassen, ist leider von ganz anderer Seite gemacht, aber abgewehrt worden.

Der Vorsitzende des Gemeindekirchenrats der ev. Unitätsgemeinde.
Haenisch.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, 16. Oktober.

Berlin, 505 Meter. Abends 8.30 Uhr: Kammermusik von Haydn bis Schönberg.

Breslau, 418 Meter. Abends 8.30: Kammerspielabend. Miniaturdramen von Maurice Baring.

Münster, 410 Meter. Abends 8.45: Der Tag im Volkslied.

Rom, 425 Meter. Abends 8.40: Symphoniekonzert.

Zürich, 515 Meter. Abends 8.30 Uhr: Auslandschweizerabend.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 17. Oktober.

Berlin, 505 Meter. Abends 8.30 Uhr. Konzert. Mitwirkende: Simon Goldberg (Violine), Bruno Seidler (am Flügel). 9—10 Uhr: Tanzmusik.

Breslau, 418 Meter. Abends 8.30 Uhr: Symphoniekonzert.

Stuttgart, 433 Meter. Abends 8—9 Uhr: Solistenabend.

London, 365 Meter. Abends 10.30—12 Uhr: Konzertübertragung aus dem Savoyhotel. 8—10 Uhr: Orchester-, Gesangs- und Quartettvorträge.

Wien, 530 Meter. Abends 8 Uhr: Operettenaufführung „Das süße Mädel".

Zürich, 515 Meter. Abends 8.30 Uhr: Tanz-Abend.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Von der Bank dla Handlu i Przemysłu w Warszawie.

Der „Kurjer Polski" bringt einen Bericht über die ordentliche Generalversammlung am 5. d. Mts., der endlich ein helles Licht auf die Mißstände wirft, die in dieser Bank geherrscht haben. Die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr schließt mit einem Verlust von 3 144 868 Złoty. Darin ist der Verlust von zirka 1½ Millionen Złoty enthalten, der sich aus den in der Danziger Filiale verübten Mißbräuchen ergibt, ferner zirka 400 000 Złoty Defizit der ausländuischen Filialen. Der Rest des Verlustes ist auf die Verschmelzung mit der Bank Kredytowy zu buchen. Wie bekannt, erfolgte diese Verschmelzung unter dem Druck des Finanzministeriums, das dafür versprach, die Kredite im Zusammenhange mit der Liquidation der Bank Kredytowy zu erhöhen. Indessen entsprach die Hilfe der Regierung infolge der schwierigen Gesamtlage oder auch aus anderen Gründen nicht den Anforderungen, die sich durch die Verschmelzung ergaben, und schon damals hatte die Bank dla Handlu i Przemysłu mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Auf der Suche nach neuen Krediten nahm die Bank den Vorschlag einer Finanzgruppe mit dem Abgeordneten Korfanty an der Spitze an. Diese Gruppe versprach eine bedeutende und ausreichende Unterstützung von seiten der Regierung, wie auch die Heranschaffung von ausländischen Kapitalien.

Die neue Gruppe stellte aber dem Rat eine Reihe von Forderungen, die u. a. Personaländerungen in dem Organ dieser Bank betrafen, wobei sie zu verstehen gab, daß diese Änderungen von den maßgebenden Regierungsfaktoren gern gesehen werden würden. So schied Anfang d. J. Herr Stefan Benzef, der dieses Institut gründete und 14 Jahre hindurch leitete, aus seinem Amte als Vorsitzender des Vorstandes und Hauptdirektor aus, und die neue Gruppe erlangte unbegrenzten Einfluß auf die Politik der Bank. Leider zeigte sich schon in ganz kurzer Zeit, daß die versprochenen Auslandskredite ausblieben, und auch die Verhältnisse zum Finanzminister nicht besonders gut waren. Um das Maß des Übels voll zu machen, begann die Organisation der Bank, des fachmännischen und erfahrenen Leiters beraubt, gewaltig zu schwanken.

Das Resultat der mehrmonatlichen Herrschaft der Gruppe war die Einstellung der Zahlungen Ende August d. J. und die Einführung der gerichtlichen Aufsicht. (Soll wohl heißen Staatsaufsicht", denn ein ähnliches Gesetz wie das deutsche Gesetz über die Geschäftsaufsicht, haben wir bisher noch nicht. Außerdem ist das deutsche Gesetz nicht einmal für das ehemals preußische Teilgebiet anwendbar, da es nur von Firmen spricht, die infolge des Krieges in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Die deutsche Novelle zu diesem Gesetz, die die Gültigkeit auch auf die Nachkriegszeit ausdehnt, hat für unser Teilgebiet keine Rechtskraft, da sie nach dem Entstehen des polnischen Staates herauskam. Red.)

Für die Angelegenheiten der Bank interessierte sich das alsbald entstandene Gläubigerkomitee, das jetzt die Mehrheit der Forderungen vertritt. Die Generalversammlung der Aktionäre sah nach allseitiger Aufklärung der Lage in sachlichen Debatten ein, daß die Liquidation oder der Sturz dieses größten polnischen Bankinstitutes weder im Interesse der Gläubiger noch der Aktionäre, noch der Regierung läge, daß die Sanierung der Bank möglich sei, jedoch Verständnis und Unterstützung nicht nur von der Allgemeinheit, sondern auch von der Regierung verlange. Die Versammlung beschloß, die Aufgabe einer neuen Aktienemission in Höhe von 35 Millionen Złoty, wovon der größte Teil von den im Komitee vereinigten Gläubigern gedeckt werden soll.

Um den schweren Fehler der Gruppe des Herrn Korfanty wieder gut zu machen, baten die Gläubiger und Aktionäre den Vorsitzenden S. Benzef, an den Sanierungsmaßnahmen der Bank tätigen Anteil zu nehmen. Dies drückte auch die Generalversammlung durch seine einstimmige Wahl in den Rat aus. Herr Benzef behielt sich eine siebentägige Bedenkzeit vor. Von den ehemaligen Ratsmitgliedern wurden nur die Herren Bażylski und Wegner wiedergewählt.

Die Verschmelzungsangelegenheit mit der Bank Zjednoczony, die von dem vorherigen Rat begonnen worden war, wurde als unaktuell von der Tagesordnung gestrichen. Für die Schützung der Angestellteninteressen (dem gesamten Personal ist gekündigt worden) trat mit einer warmen Ansprache Herr M. Kowalski, der Sekretär des Bank-Beamtenvereins, ein.

Für die Versammlung waren 2 261 372 Złoty Stammaktien angemeldet worden.

Von den Märkten.

Produkten. Danzig, 14. Oktober. (Nicht amtlich.) Für 50 kg in Danziger Gulden: Weizen 10.90—11.40, Roggen 8—8.15, Futtergerste 8.½—9.½, Braugerste 9.½—11, Hafer 8—8.60, Speiseerbsen 11—12, Viktoriaerbsen 12—15, grüne Erbsen 13—15, Roggenkleie 5.½—5.¾, Weizenkleie 6—6¼.

Thorn, 13. Oktober. Die Firma P. Hozakowski notiert: Roggen 15.¼—16.¼, Weizen 22—23, Braugerste 21.½—22.½, Hafer 17.½—18.½, Roggenkleie 10—11 zł für 100 kg. Tendenz ruhig.

Warschau, 14. Oktober. Notierungen für 100 kg franko Waggon Warschau: Kongr.-Roggen 693.5 Sorte I 118 f hol 17 zł, Roggen 116 f hol 16 zł, Weizen 128 f hol 24—25 zł, Braugerste 21 bis 20.50 zł, Mahlgerste 18—20 zł, Hafer 18.½ zł, 50proz. Roggenmehl 30—34 zł, 50proz. Weizenmehl 44—48 zł, Weizenkleie 11—13 zł, Roggenkleie 9—11 zł, Raps 46 zł.

Metalle. Bromberg, 14. Oktober. Notierungen für Metalle der Gebr. Schmidt in Sterling für 1000 kg: Banka und Straitszinn 318, Hüttenblei 42, Raffinadeblei 41, Weißmetall 20proz. 62, 40proz. 164, 80proz. 235, andere Prozentsätze entsprechende Preise. Antimon Regulus 72, norweg. Hüttenaluminium 128.10, Reinmessing in Blocks 99% 61, Glockengut in Blocks 52, Messing in Blocks 65% 47, Remelted Zink 32.10. Preise der Gußmetalle unverändert.

Vieh und Fleisch. Kattowitz, 14. Oktober. Notierungen nach dem Ausweis des Auftriebes und der Preise vom 5. bis zum 9. d. Mts. Aufgetrieben wurden: 23 Pferde, 1371 Rinder, 165 Färsen, 94 Ochsen, 125 Bullen, 175 Kälber, 41 Schafe und 2488 Schweine. Gezahlt wurde für 1 kg Lebendgewicht: Schweine I. Sorte 1.95 bis 2.35, II. Sorte 1.60—1.95, III. 1.20—1.60, Rinder I. Sorte 0.75—0.90, II. 0.60—0.75, III. 0.40—0.60, Kälber 1—1.30.

Warschau, 14. Oktober. Auf dem Warschauer Viehmarkt macht sich eine fallende Tendenz für Schweine bemerkbar. Der Auftrieb betrug 1001 Stück Schweine. Notiert wurde für 1 kg Lebendgewicht loko Schlachthof: Rinder I. 0.90, II. 0.85, III. 0.80, Färsen 0.60, Kälber I. 1.10, II. 1.00, Schweine I. 1.85, II. 1.70—1.80, III. 1.60—1.65, IV. 1.45—1.55, V. 1.30—1.40, VI. 1.10—1.25. Verkauft wurden insgesamt 1664 Stück Vieh.

Ausländischer Produktenmarkt.

Chikago, 13. Oktober. Weizen Hardwinter Nr. II loko 162, Dezember alter 144.¼, neuer Weizen 114.⅞, Mai 1926 alter Weizen 143.¼, neuer 144, Roggen Dezember 82, Mai 1926 87.50, Mais gelber Nr. II loko 84.¼, weißer Nr. II loko 83.¾, gemischter Nr. II loko 82, für Oktober 80.¾, Dezember 76.⅞, Mai 1926 80.⅞, Hafer: weißer Nr. II loko 41, Dezember 39.⅞, Mai 1926 44.¼, Gerste: malting loko 62—78. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Hamburg, 14. Oktober. Notierungen ausländischer Getreidearten für 100 kg in holl. Gulden. Weizen: Tendenz fest. Manitoba I. 14.10, II. 13.90, III. 13.70, Baruso 78 kg 13.90, Gerste: Tendenz ruhig. Dunaj russische Oktober-November 9.15, malting barley 9.05, Oktober-November 9.15, Roggen: Tendenz fest. Western Rye II. La Plata 9.60, Dunaj beßarabischer 8.90, gelber Nr. VI Oktober-November 9.10, Whiteflat II 9.10, La Plata September-Oktober 9.50, Hafer: Tendenz ruhig. Oktober-November Canada Western II 10.20, III 9.30, Whiteclipped 9.00.

Kurse der Posener Börse.

Wertpapiere und Obligationen:	15. Oktober	14. Oktober
6% Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	—.—	4.45
8% dolar. Listy Pozn. Ziemst. Kred.	1.95	2.00
5% Pożyczka konwersyjna . . .	—.—	0.28
10% Pożyczka kolejowa	—.—	0.70
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	2.00—2.25	—.—
Bk. Zw. Spółek Zarobk. I.—XI. Em.	—.—	4.50
Industrieaktien		
Arkona I.—V. Em.	0.80	—.—
H. Cegielski I.-X. Em. (50 zł-Aktie)	10.00	10.00
Centrala Skór I.—V. Em. . . .	—.—	0.90
Goplana I.—III. Em.	3.25	3.25—300.
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1.80	1.80
Hurtownia Skór I.—IV. Em. . .	—.—	0.40
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em. . .	2.50	2.50
Dr. Roman May I.—V. Em. . .	19.25—19.50	19.25
Płótno I.—III. Em.	0.10	0.10
Pneumatik I.—IV. Em. Serie B .	0.08	—.—
Pozn. Spółka Drzewna. I.—VII. Em.	—.—	0.25
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	0.80	0.80
„Unja" (vorm. Ventzki) I.—III. Em.	4.50	4.50
Wagon Ostrowo I.—IV. Em. . .	—.—	1.20
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.25	—.—

Tendenz: unverändert.

Handel.

♂ **Danzig-polnische Einigung über Einfuhrkontingente.** Vom 7. bis 10. Oktober hat zwischen Vertretern der Danziger und der polnischen Regierung ein Meinungsaustausch über die Durchführung der Einfuhrverbote stattgefunden. Bei diesen Besprechungen, die beiderseits mit dem Willen zur Verständigung geführt wurden, wurde eine Einigung über die Einfuhrkontingente für das nichtdeutsche Ausland, sowie über die Einfuhrkontingente der am 17. Juni 1925 in Kraft gesetzten Verbotsliste erzielt.

Verkehr.

↗ **Die herabgesetzten Danziger Hafengebühren,** die ursprünglich nur bis zum 1. September d. J. gelten sollten, werden nach einer Mitteilung der zuständigen Verwaltung bis auf weiteres in Kraft bleiben. Sie betragen je Tonne verladener Kohle z. B. nur 20 Pfennige statt wie früher 48 und für die Benutzung der Kräne 35 statt 25. Demgegenüber hebt „Monitor Polski" hervor, daß die Hafengebühren in Gdingen in allen ihren Positionen noch niedriger seien als die des Danziger Hafens. Die Lotsengebühren machten nur 20—25%, die Ein- und Auslaufsgebühren für Dampfer und die Ladungsgebühren je 1000 kg nur 20% der Danziger Sätze aus.

↗ **Die Tarife der polnischen Schmalspurbahnen** sind mit Wirkung vom 10. d. Mts. (entsprechend dem organg der Vollspurbahnen) hinsichtlich der Ausnahmetarife für den Export über die Häfen Danzig und Gdingen, und zwar für Eier, Zucker (Raffinade-, Puder-, Kristall- und gelben Zucker), Steinkohle, Koks und Eisenerze ermäßigt worden. Für den Export von Getreide und Hülsenfrüchten, Öl- und Futtersamen, Kartoffelmehl und Kartoffelflocken sowie Spiritus sind neue Ausnahmetarife festgesetzt worden.

Börsen.

≠ **Der Złoty** am 14. Oktober. **Danzig:** Złoty 86.14—86.36, Ueberw. Warschau 85.52—85.73, **Berlin:** Złoty 68.95—69.55, Ueberweisung Warschau 69.02—69.38, Ueberw. Posen 69.07 bis 69.43, Ueberw. Kattowitz 68.92—69.28, **Zürich:** Ueberweisung Warschau 85.00, **London:** Ueberweisung Warschau 29.00, **Riga:** Ueberweisung Warschau 90.00, **Czernowitz:** Ueberw. Warschau 35.10, **Bukarest:** Ueberw. Warschau 35.20, **Wien:** Złoty 116.80 bis 117.30, Ueberw. Warschau 116.55. **Prag:** Złoty 558.50 bis 561.50, Ueberw. Warschau 559.50, **Neuyork:** Ueberw. Warschau 16½.

≠ **Warschauer Börse vom 14. Oktober.** (R.) Brüssel für 100 27.49, Amsterdam für 100 — 241.80, London für 1 — 29.13, Neuyork für 1 — 6.00, Paris für 100 — 27.20, Prag für 100 — 17.89, Zürich für 100 — 116.02, Wien für 100 — 84.81, Mailand für 100 — 23.68. Zinspapiere: 8proz. staatl. Konvers.-Anl. 1925 70.00, 6proz. Dollaranl. 1919/20 64.25, 10proz. Eisenbahnanl. Serie I 85, 5proz. staatl. Konvers.-Anl. 43.50, 4proz. landw. Anl. bis 1914 14.25, 5proz. Warsch. Anl. bis 1914 16.00, 4½proz. Warsch. Anl. bis 1914 13.10, 4½proz. Lodzer Vorkriegsanl. 7.40. Bankwerte: Bank Dysk. Warschau 4.90, Bank Handl. Warschau 3.00, Bank Zachodni 1.25, Bank Sp. Zarobk. Posen 4.25. Industriewerte: Siła i Światło 0.18, Chodorow 3.80, Częstocice 1.10, W. T. F. Cukru 1.73, Łazy 0.10, Kop. Węgli 1.30, Cegielski 0.24, Lilpop 0.43, Modziejowski 2.50, Ostrowiecki 4.60, Parowoz 0.30, Rudzki 0.85, Starachowice 1.13, Ursus 0.70, Vulkan 1.40, Żyrardow 6.10, Borkowski 0.75, Haberbusch & Schiele 4.80, Spiritus 1.70, W. T. T. 0.17, Majewski 12.50.

≠ **Krakauer Börse** vom 14. Oktober. Pharma 0.75, Zieleniewski 10.00, Cegielski 10½, Górka 10.00, Siersza Górn. 2.10, Tepege 0.32—0.33, Polska Nafta 0.18, Chodorów 3.60—3.80, Chybie 3.50—3.70, Piasecki 1.20—1.25. — Nicht notierte Werte: Jaworzno 6.15—6.40, Lokomotywy 0.70.

≠ **Danziger Börse** vom 14. Oktober. (Amtlich.) London Schecks 25.21, Berlin 123.965—124.275, deutsche Mark 124.047 bis 124.355.

≠ **1 Gramm Feingold wurde für den 15. Oktober 1925** gleich 3.9744 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 238 vom 14. Oktober 1925).

Berliner Börse (Geldkurse).

Devisen:	15. 10.	14. 10.
Buenis Aires (1 Pap.-Peso)	1.724	1.721
Canada (1 Kan. Dollar)	4.195	4.195
Japan (1 Yen)	1.715	1.715
Konstantinopel (1 £ t)	2.365	2.37
London (1 £)	20.305	20.308
Neuyork (1 Dollar)	4.195	4.195
Rio de Janeiro (1 Milr.)	0.599	0.618
Uruguay (1 Goldpeso)	4.245	4.245
Amsterdam (100 hfl.)	168.64	168.64
Athen (100 Drachm.)	5.74	5.74
Brüssel (100 Frs.)	19.09	19.07
Danzig (100 Gulden)	80.54	80.56
Helsingfors (100 Fm.)	10.547	10.55
Italien (100 Lire)	16.54	16.48
Jugoslawien (100 Dinar)	7.455	7.455
Kopenhagen (100 Kr.)	103.87	104.12
Lissabon (100 Escudo)	21.225	21.225
Oslo (100 Kr.)	84.99	85.49
Paris (100 Frs.)	18.93	18.895
Prag (100 Kr.)	12.42	12.417
Schweiz (100 Frs.)	80.865	80.85
Bulgarien (100 Leva)	3.045	3.045
Spanien (100 Peseten)	60.15	60.07
Stockholm (100 Kr.)	112.26	112.33
Budapest (100 000 Kr.)	5.875	5.875
Wien (100 Schill.)	59.13	59.13

Für alle Börsen und Märkte wird von der Redaktion keinerlei Gewähr oder Haftpflicht übernommen.

Deutschland und Rußland.

Wirkungen von Rapallo.

Der gestern im Gebäude des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten in Moskau unterzeichnete Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken besteht aus allgemeinen Bestimmungen und folgenden Abkommen, die mit den allgemeinen Bestimmungen ein einheitliches Ganzes bilden: Abkommen über Niederlassung und allgemeinen Rechtsschutz, Wirtschaftsabkommen, Eisenbahnabkommen, Seeschiffahrtsabkommen, Steuerabkommen, Abkommen über Handelsschiedsgerichte und Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz. Die Regierungen der beiden Länder beabsichtigen, den Text des unterzeichneten Vertrages zu veröffentlichen. Der Vertrag unterliegt der Ratifikation durch die gesetzgebenden Körperschaften. Die Ratifikation soll so bald als möglich herbeigeführt werden.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation

v. Körner erklärte einem Mitarbeiter der Telegraphenagentur der Sowjetunion: Der Vertrag von Rapallo war lediglich ein Vorentwurf zur Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Die jetzigen Verhandlungen legten diese Beziehungen in endgültiger Form fest. In diesem Zusammenhange stellt der Moskauer Vertrag zweifellos eine **Vervollkommnung der in Rapallo in den Grundzügen entworfenen Verbindung dar.** Die Erfahrungen der letzten Jahre haben den Beweis erbracht, daß trotz der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und politischen Systeme der beiden Länder ihre Handelsbeziehungen allmählich erstarkten. Die Lebensinteressen der beiden Länder werden sich als stärker erweisen als die Verschiedenheiten der politischen und wirtschaftlichen Systeme. Der Vertrag wird bestimmt einen gewissen Einfluß auf die wirtschaftlichen Kombinationen in Europa ausüben.

Der deutsche Botschafter

Graf Brockdorff-Rantzau erklärte heute vor Pressevertretern: „Der unterzeichnete Vertrag ist die wirtschaftliche Ausgestaltung des Rapallovertrages, der die Linie der Zusammenarbeit der beiden Länder festlegte; der Vertrag ist ein neuer Beweis dafür, daß beide Völker entschlossen sind, an dieser Linie festzuhalten. Eine derartige Klarstellung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen den zwei Ländern, die so aufeinander angewiesen sind, wie Deutschland und die Sowjetunion, bedeutet eine wesentliche Förderung der wirtschaftlichen Gesundung eines Gebietes, das eine Bevölkerung von fast 200 Millionen Menschen umfaßt. Der Vertrag bleibt somit auch auf die Gestaltung der allgemeinen internationalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht ohne Einfluß."

Der Vorsitzende der russischen Delegation,

Hanetzky, gab in einer Rede bei der Unterzeichnung des Vertrages der Überzeugung Ausdruck, daß der Vertrag die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands stärken werde. Der Vertrag habe auch eine große politische Bedeutung, da die **Rapallo-Linie** weiter ausgebaut werde.

Die Gliederung des deutschen Vertrags mit Rußland.

Der Vertrag regelt folgende Punkte:

1. Rückwanderungsrecht der Staatenlosgewordenen	Art. III, Note 2.
2. Grundsätzliche Meistbegünstigungsklausel.	Art. V.
3. Konzessionsbereitschaft für Transitgesellschaften unter Aufrechterhaltung deutscher Rechtsansprüche	Art. V. VI. S. Pr.

I.

Niederlassungs-Abkommen:

1. Einreiseerleichterungen (keine Rückfragen, grundsätzliche Rückreisesichtvermerke)	Art. I. S. Pr.
2. Parität für Berufsausübung	Art. II.
3. Parität für Beteiligung an Gesellschaften	Art. II, S. Pr.
4. Kein Gewerkschaftszwang für Arbeitnehmer	Art. III.
5. Einfuhr und Zollfreiheit für Arbeitsgeräte und kleine Maschinen. Wirtschaftsabkommen. Art. 29	Art. V.
6. Parität für Vermögens- und Erbgutausfuhr	Art. V.
7. Ausschluß administrativer Verschickung	Art. VI. N.
8. Befreiung von öffentlicher Arbeitspflicht, von militärischen Requisitionen und Zwangsanleihen	Art. VII.
9. Einschränkung von Konfiskationen, Requisitionen und Enteignungen (besonders bei Konzessionsunternehmungen)	Art. VIII.
10. Gewissens- und Religionsfreiheit	Art. I.
11. Persönlicher Rechtsschutz nach Völkerrecht (im Rahmen der Parität)	Art. X.
12. Freier Zutritt zu den Gerichten	Art. X.
13. Benachrichtigungspflicht bei Festnahmen und Besuchsrecht der Konsuln	Art. XI.
14. Gleichstellung der Privatgesellschaften mit gemischten öffentlichen Unternehmungen	Art. XVII.

II.

See-Schiffahrts-Abkommen.

1. Parität bei der Behandlung von Schiffen und Ladungen	Art. I.
2. Entgegenkommende Behandlung bezüglich Einrichtungen von Agenturen	Art. II, S. Pr.
3. Konzessionsbereitschaft für Fischereiunternehmen	Art. II, Notenwechsel.
4. Anerkennung der Schiffsmeßbriefe (pactum de contrahendo)	Art. IV.
5. Anerkennung der nationalen Vorschriften über Schiffsausrüstung.	Art. X.
6. Anmusterungsfreiheit.	Art. XI.
7. Zulassung von Havariekommissaren.	Art. XII.

III.

Wirtschafts-Abkommen.

1. Klare Begrenzung der Handelsvertretung auf Außenhandel u. seine Nebengeschäfte	Art. II, S. Pr.
2. Publizitätsprinzip für staatliche Unternehmungen. (Satzungs-, Bilanz-, Vertretungsberechtigte.)	Art. VIII.
3. Ausschluß der Nichtigkeitseinrede wegen Schädigung des Staates	Art. V. VI, VII, Note
4. Subsidiärer Gerichtsstand für staatliche Unternehmungen der Union	Art. IX.
5. Transportklausel	Art. XII.
6. Weitergeltung einmal erteilter Lizenzen	Art. XII.
7. Einfuhr- u. Zollfreiheit für Umschließungen	Art. XIV.
8. Einfuhrerleichterungen i. Reparaturverkehr.	Art. XV.
9. Freier Transit für den Postpaketverkehr (soweit Rußland Postpaketverkehr unterhält)	Art. XVI.
10. Ausschluß von Durchgangsabgaben im Transitverkehr	Art. XVII.
11. Errichtung öffentlicher Zollniederlagen	Art. XIX.
12. Gleichstellung von See- u. Landgrenzen	Art. XXI.
13. Parität bei Erhebung innerer Abgaben	Art. XXIII.
14. Verbindliche Tarifauskünfte	Art. XXVI.
15. Abgabenfreiheit für Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Musterkarten, Muster und Kataloge	Art. XXVII.
16. Zulässigkeit bemusterter Briefofferten	Art. XXXI, S. Pr.
17. Erleichterungen im Warenproben- und Musterverkehr	Art. XXXI.
18. Normativbestimmungen für Konsignationslager	Art. XXXVIII.

IV.

Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz.

1. Grundsätzliche Gleichstellung mit den Inländern	Art. I.
2. Weitgehende Festlegung des Prioritätsprinzips	Art. III, IV, VI.
3. Wiederanmeldungsmöglichkeit für alte Warenzeichen.	Art. III. S Pr.
4. Weiterlauf früherer Patentschutzfristen	Art. VII.

Caillaux' Finanzbericht an den Ministerrat.

Staatsbankerott?

Bei der Berichterstattung über die Reise Caillaux' wurde im Ministerrat die gesamte Finanzlage Frankreichs durchgesprochen. Dazu sagte u. a. Louis Dausset: Die Schuldenfrage sei tatsächlich mehr eine psychologische als eine technische Frage. Man brauche einfach Zeit, um die beiden Auffassungen einander zu nähern. Man müsse sich die grausame Wahrheit vor Augen halten, daß man gegenwärtig alljährlich 20 Millionen Dollar als Zinsen für die amerikanischen Lagerbestände bezahle. Die Regelung dieses Beständeaufkaufs (Clemenceaus Finanzminister Klotz ist dafür verantwortlich!) sei ein Geschäft gewesen, das nicht genug verurteilt werden könne. Frankreich müsse in 3½ Jahren, das heiße eigentlich morgen, schon die ganze Schuldsumme in der Höhe von 407 Millionen Dollar gleich acht Milliarden Franken zurückzahlen. Die ganze Anstrengung des französischen Finanzministers, der dabei einen vollen Erfolg erzielt habe, sei darauf gerichtet gewesen, diese Handelsschuld mit den politischen Schulden in eins zusammenzufassen.

Die Abwendung einer so furchtbaren Verfallfrist wie derjenigen vom 1. August 1929 sei wohl wert, daß man zu den 20 Millionen Dollar, die man sowieso schon jedes Jahr zahle, jährlich noch ein paar weitere Opfer bringe. Die Amerikaner hätten ein Provisorium vorgeschlagen, um, wie er annehme, die Ansichten im amerikanischen Parlament für die Annahme milderer Abkommen, als man den Franzosen jetzt unterbreitet habe, vorzubereiten.

Caillaux selbst sprach sich dann zu einem Vertreter des „Oeuvre" aus. Er sagte, Amerika stelle eine derartige Macht dar, daß man ihm gegenüber einfach nicht sagen könne, Frankreich wolle nicht bezahlen. Meinungsverschiedenheiten seien dazu da, daß man sie auszugleichen suche. Seit 1919 habe Frankreich seine Schulden ruhig laufen lassen, und sie seien auf diese Weise wie ein Schneeball zu einer Art Lawine angewachsen. Die Hauptschulden seien auf diese Weise um 41 Milliarden Franken zum gegenwärtigen Kurswert angewachsen, und sie würden dieses Jahr noch um weitere sechs Milliarden Papierfranken anwachsen, wenn kein Abkommen zustandegebracht werde. Denjenigen Leuten in Frankreich, die dafür seien, daß einfach nicht bezahlt werden solle, sei es offenbar gleichgültig, ob die Schulden sich auf dreihundert Milliarden oder auf dreihundertfünfzig Milliarden beliefen. Er nenne ein solches Verhalten Kinderei. Wenn man die auswärtigen Schulden sich von selbst bis ins Unendliche anwachsen lasse dadurch, daß man vermeide, von ihnen zu sprechen, so ruiniere man unrettbar die französische Währung. Auch Caillaux nannte das von Klotz im Jahre 1919 unterzeichnete Abkommen über den Ankauf der amerikanischen Lagerbestände besonders verhängnisvoll. Frankreich werde, wenn das Provisorium nicht angenommen werden sollte, im Jahre 1929 eine Handelsschuld von 400 Millionen Dollar zu begleichen haben. Über eine mögliche Staatsschuld könne man vielleicht diskutieren, jedoch nicht über eine eingegangene Handelsschuld. Caillaux scheute sich dem Vertreter der „Oeuvre" gegenüber nicht davor, von einem drohenden Staatsbankrott zu sprechen, falls kein Abkommen erzielt werde.

Aus anderen Ländern.

Große Schneestürme in Schweden.

Verheerende Schneestürme sind, wie aus Stockholm gemeldet wird, in den letzten Tagen über Norrland und dem Bottnischen Meerbusen niedergegangen. Infolge der hohen Schneewehen wurde der Verkehr auf der schwedischen Riksgränsenbahn vielfach gestört. Mehrere Züge blieben in den Schneewehen stecken und mußten ausgeschaufelt werden. Zwischen Hudalen und Björnfäll entgleiste infolge der Schneeverwehungen ein Leerzug, wobei die Bahngleise auf einer längeren Strecke aufgerissen wurden, so daß der Verkehr während eines ganzen Tages gesperrt werden mußte. Der Personenzug von Kriuna blieb unterwegs im Schnee stecken. Am stärksten waren die Schneefälle in Storlien, wo die Niederschlagsmenge, in Wasser umgerechnet, 16 Millimeter betrug. Beim Bottnischen Meerbusen erreichte der Sturm zeitweise eine Stärke von 22 bis 24 Sekundenmetern.

Ein japanischer Weltflieger verunglückt.

Aus London wird gemeldet: Die japanischen Flieger haben gestern vom Flugplatz Calais aus die Weiterreise nach Croydon angetreten. Sie konnten den Flugplatz in Croydon infolge dichten Nebels nicht erreichen. Der von Hauptmann Abe geführte Apparat landete auf dem Flugplatz von Farnborough, der Apparat Kawachis stürzte in der Nähe von Farnborough ab. Kawachi blieb unverletzt.

Umbenennung Rio de Janeiros.

Paris, 15. Oktober. (R.) Eine im „Echo de Paris" verbreitete Agenturmeldung aus Rio de Janeiro besagt, daß die brasilianische geographische Gesellschaft eine Entschließung angenommen habe, in der die Umbenennung der Hauptstadt in Guanabra gefordert wird.

Verurteilung kommunistischer Führer in Frankreich.

Montag nachmittag hat vor der zweiten Strafkammer die Verhandlung gegen verschiedene Mitglieder des kommunistischen Aktionsausschusses wegen Aufreizung zu militärischem Ungehorsam in Marokko in einem in der „Humanité" veröffentlichten Artikel stattgefunden. Von den Angeklagten war keiner erschienen. Sie ließen sich sämtlich durch ihre Anwälte vertreten. Das Gericht erkannte gegen die kommunistischen Abgeordneten Cachin und Doriot, sowie gegen die beiden bekannten Gewerkschaftsführer Midol und Mommousseau auf je 13 Monate Gefängnis und 300 Franken Geldstrafe, gegen den Geschäftsführer der „Humanité" auf 8 Monate Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe.

Außerdem wurde eine Anzahl weiterer Angeklagten mit Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten und Geldstrafen von 2000 Franken belegt.

Amerikas Chinapolitik.

London, 15. Oktober. WTB. Die „Times" berichtet aus Washington: Die amerikanische Regierung ist bereit, wenn eine Uebereinkunft über eine gemeinsame Aktion im friedlichen Geist unter den Mächten, die auf der in diesem Monat in Peking stattfindenden Zollkonferenz vertreten seien nicht erzielt werden könnte, unabhängig und unverzüglich mit einer Revision ihrer Handelsvertragsabmachungen mit China selbständig zu beginnen. Dem diplomatischen Korps in Peking sei dies vom amerikanischen Gesandten mitgeteilt worden.

Amerika hat Panama besetzt.

In Panama waren Unruhen entstanden, die eine größere Ausdehnung anzunehmen drohten. Die Regierung von Panama ersuchte die Vereinigten Staaten, militärisch zu intervenieren. Die Regierungstruppen zerstreuten die Demonstranten und setzten die Führer gefangen. Die Besetzung der Stadt durch amerikanische Truppen fand gestern nachmittag statt. Die Vereinigten Staaten übernehmen die Polizeigewalt und werden sich vermutlich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, in dem Streit um die Mieten eine Entscheidung zu treffen. Die Chauffeure, Straßenbahner, Bäcker und andere Handwerker sind heute in den Sympathiestreik für die Mieter eingetreten. So bekommt Amerika freie Hand am Panamakanal.

In kurzen Worten.

Der von den Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften in Paris veranstaltete 24stündige Generalstreik war ein völliger Mißerfolg.

*

Der a. o. Professor der Nationalökonomie an der Universität Frankfurt, Dr. Budge, erhielt einen Ruf an das Herder-Institut in Riga, dem er schon zum Winter Folge leisten wird.

*

Der französische Befehlshaber von Suweda, Major Drouot, ist während der zweimonatigen Belagerung durch die Drusen in einem Lazarett in Damaskus an der Ruhr gestorben.

*

Frau Elizabeth Lansdowne, die Mutter des bei der Zerstörung des „Shenandoah"-Luftschiffes ums Leben gekommenen Kommandanten, ist jetzt in ihrem Heim in Greenville, Ohio, gestorben. Man nimmt an, daß der Kummer über den jähen Tod ihres Sohnes sie getötet hat.

*

Auf den rumänischen Gesandten in Sofia wurde während einer Autofahrt ein Anschlag verübt. Die Täter, die auf das Auto schossen, konnten entkommen.

*

Ein Juwelier der Fünften Avenue ist mit Juwelen im Betrage von einer Million Dollar, die ihm von der Kundschaft zur Reparatur oder Umarbeitung übergeben waren, durchgegangen.

*

In Stallupönen überfielen zu Zuchthaus verurteilte Angeklagte den Gerichtsvorsitzenden. Sie warfen das Kruzifix gegen ihn und konnten nur mit Mühe überwältigt werden.

Letzte Meldungen.

Vollsitzung in Locarno.

Locarno, 15. Oktober. (R.) Der Sonderberichterstatter des Wolff-Bureaus meldet: Die Regierungsvertreter sind nach dem gestrigen sitzungsfreien Tage heute vormittag um 10 Uhr 30 Minuten wieder zu einer Vollsitzung zusammengetreten, an der auch der tschechoslowakische Außenminister Benesch und der polnische Außenminister Skrzyński teilnahmen. Die Vollsitzung, in der zunächst die Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien behandelt werden, wird noch am heutigen Vormittag in die Erörterung der anderen wichtigen Fragen eintreten.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini wird heute nachmittag gegen 5 Uhr in Locarno erwartet. Der zweite italienische Delegierte Grandi ist ihm bereits nach Mailand entgegengefahren.

Französisch-ungarisches Handelsabkommen.

London, 15. Oktober. (R.) Gestern ist in Budapest das französisch-ungarische Handelsabkommen unterzeichnet worden. Das Abkommen tritt erst in Kraft, nachdem die beiden Parlamente es ratifiziert haben. Die Verhandlungen wurden, wie seinerzeit gemeldet, auf französischer Seite von Ministerialdirektor Serruys geführt.

Einberufung des französischen Parlaments für den 27. Oktober.

Paris, 15. Oktober. (R.) Die Regierung hat sich entschlossen, das Parlament für den 27. Oktober zusammenzuberufen. Diese Entschließung wird, wie das „Echo de Paris" besagt, wahrscheinlich heute offiziell bekannt gegeben werden.

Die Frage des Ostpaktes.

London, 15. Oktober. (R.) Der Sonderberichterstatter der „Morningpost" in Locarno schreibt, nur der deutsch-polnische Schiedsvertrag halte noch die Locarno-Verhandlungen auf. Die größten Schwierigkeiten liegen in der polnischen Unnachgiebigkeit.

Abreise des deutschen Reichspräsidenten nach Dresden.

Berlin, 15. Oktober. (R.) Der deutsche Reichspräsident ist heute vormittag 8 Uhr nach Dresden abgereist, um der sächsischen Staatsregierung den vorgesehenen Besuch abzustatten.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Der Magistrat veröffentlicht folgendes Statut: **Das Statut über die Einziehung der städtischen Steuer von Abkommen, die die Übertragung des Immobilieneigentums betreffen.**

§ 1. Auf Grund des Art. 13 des Gesetzes vom 11. August 1923 über die einstweilige Regelung der kommunalen Finanzen (Dz. Ust. Nr. 24, Pos. 747) und des Stadtverordnetenbeschlusses vom 1. April 1925 wird zugunsten der Stadt Posen eine Steuer von Abkommen über die Übertragung des Immobilieneigentums erhoben.

§ 2. Dieser Steuer unterliegen die Abkommen der bezahlbaren Übertragung des innerhalb der Stadt Posen gelegenen Immobilieneigentums.

§ 3. Die Steuer beträgt 2% derjenigen Summe, die als Grundlage für das Ausmaß der staatlichen Stempelgebühren von diesen Abkommen dient, sofern sie der Erbschafts- oder Schenkungssteuer unterliegen.

Zur Entrichtung dieser Steuer sind der Verkäufer und Käufer solidarisch verpflichtet.

§ 4. Der Verkäufer und Käufer sind verpflichtet, innerhalb 14 Tagen nach dem Abschluß des Abkommens den Magistrat darüber in Kenntnis zu setzen nebst Angabe des Datums des Abkommens, der Bezeichnung der Immobilien, des Vornamens, Namens und Wohnortes des Käufers und Verkäufers, des Kaufs- und Verkaufspreises, auch des Wertes der durch den Käufer übernommenen Leistungen.

§ 5. Die Steuer bestimmt der Magistrat und setzt den Steuerzahler durch einen Zahlungsbefehl davon in Kenntnis.

Die festgesetzte Steuer muß der betreffende Zahler innerhalb 14 Tagen nach der Zustellung des Zahlungsbefehls entrichten.

§ 6. Die im Termin nicht entrichtete Steuer wird im Zwangsverfahren unter Zuzählung der Vollstreckungskosten, der Strafen für den Verzug und der Zinsen für die Vertagung laut den im Gesetze vom 31. Juli 1924 (Dz. U. R. P. Nr. 78, Pos. 721) enthaltenen Bestimmungen eingezogen.

§ 7. Einspruch gegen die Besteuerung muß innerhalb 4 Wochen, von dem auf die Zustellung des Zahlungsbefehls folgenden Tage an gerechnet, erfolgen.

Gegen die Entscheidung über den Einspruch kann im Laufe von 14 Tagen die Klage an das Wojewodschaftsverwaltungsgericht eingereicht werden.

§ 8. Die Übertretungen der Vorschriften über das Ausmaß und die Einziehung der Steuer unterliegen einer Strafe bis zur Höhe von 300 zł, sofern die Übertretung nicht bestraft wird laut Art. 62—66 des Gesetzes vom 11. 8. 1923 (Dz. U. Nr. 94, Pos. 757)

§ 9. Das vorliegende Statut tritt am Tage der Beschlußfassung durch die Stadtverordneten in Kraft und verpflichtet vom 1. Janur 1925 ab.

Das obige Statut hat das Ministerium des Innern im Einverständnis mit dem Finanzministerium laut Verfügung vom 27. Juni 1925, L. Dz. Nr. S. F. 447/25 bestätigt.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A.

Wolnica.

Freitag, abends 5 Uhr,
Sonnabend, morgens 7½ Uhr,
Sonnabend, vorm. 10 Uhr mit Neumondverkündigung (Marcheschwan) u. Predigt,
Sonnabend, nachm. 5 Uhr, Mincha m. Schrifterklärung,
Sabbathausgang 5 Uhr 40 Minuten.

Werktagsandacht: morgens 7 Uhr mit Lehrvortrag, abends 5 Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde).

Ulica Dominikańska.

Sonnabend, nachmittags 4 Uhr Mincha.